



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 1

Januar 1975

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Aufsätze:

Altersstruktur der Studenten

Verarbeitende Industrie 1974

Industrie-Investitionen 1973

Investitionen im Baugewerbe

Die nächste Wohnungszählung

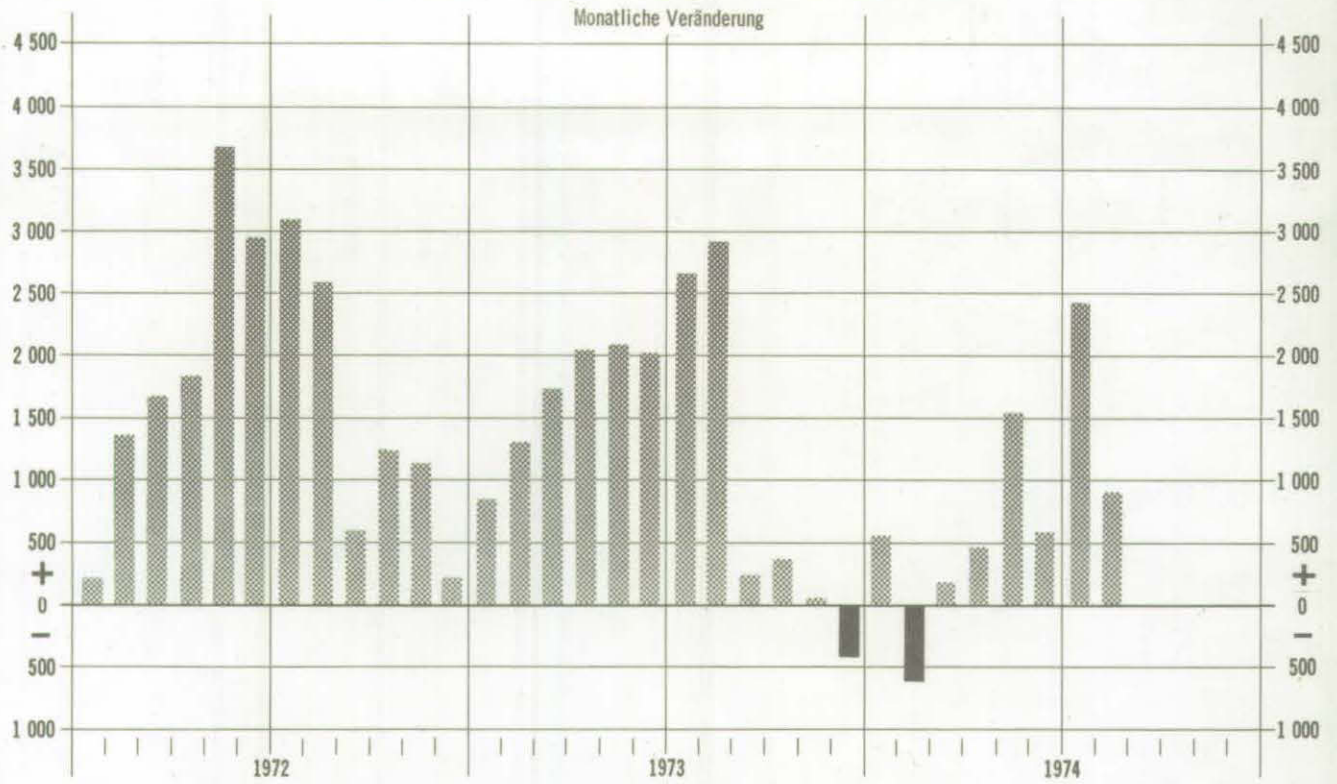
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



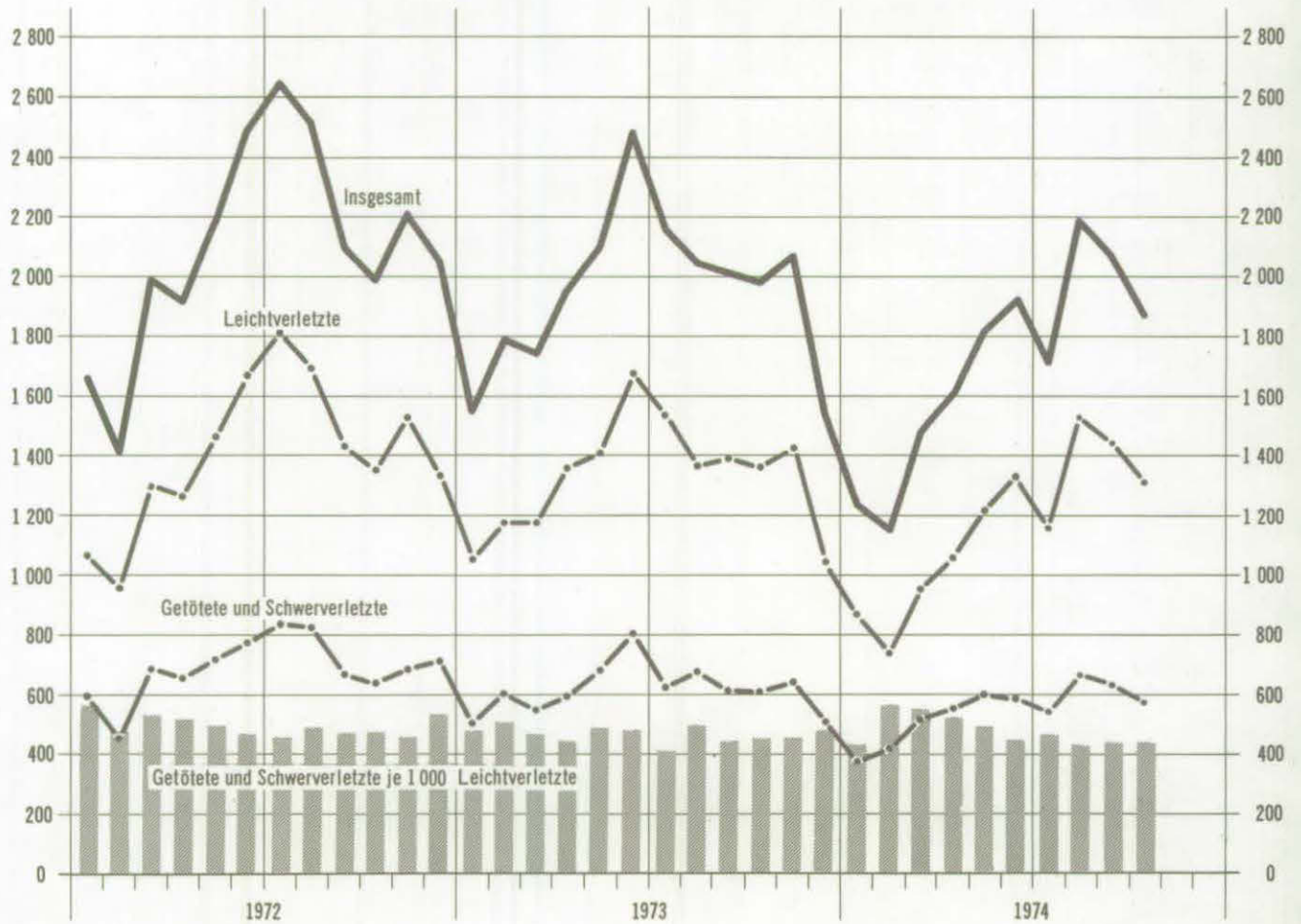
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 1/75

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aufsätze	
Die Veränderung der Altersstruktur der Studenten und ihre Ursachen	2
Die verarbeitende Industrie 1974	8
Investitionen der schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen 1973	11
Investitionen im Baugewerbe 1973	13
Die Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76	16
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 2)
Verarbeitende Industrie
Preisindex für die Lebenshaltung

Heft 7 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 3)
Hochbau 1973
Verdienste im Vergleich
Versteuerte Bruttolöhne 1971

Heft 8 / 1974

Ausländer
Betriebsstruktur im Gartenbau
Öffentlicher Tiefbau
Außenhandel

Heft 9/10-1974

Fernpendler
Fremdenverkehr
Beherbergungskapazität
Entwicklung im Handwerk

Heft 11/12-1974

Bevölkerungsereignisse im Bild
Haushalte und Familien 1970
Industrieumsätze und -löhne
Gebäude und Wohnungen 1972
Rinder- und Schweinehaltung



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 1

Januar 1975

Aktuelle Auslese



Schülerzahl in Grund- und Hauptschulen stagniert

Nachdem die Zahl der Schüler in den öffentlichen Grund- und Hauptschulen Schleswig-Holsteins im vergangenen Jahrzehnt von Jahr zu Jahr gestiegen ist, hat sie im Schuljahr 1974/75 erstmalig stagniert. Nach einem vorläufigen Ergebnis wurden die öffentlichen Grund- und Hauptschulen am 20. 9. 1974 von insgesamt knapp 247 900 Schülern besucht. Vor einem Jahr sind es gut 248 000 Schüler gewesen.

Die Schülerzahl der öffentlichen Realschulen hat weiterhin zugenommen, und zwar von 66 142 Schülern am 20. 9. 1973 auf rund 71 900 Schüler am 20. 9. 1974. Das entspricht einer Zuwachsrate von 8,7 %.

Die Zunahme der Schülerzahl in den öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien war im letzten Jahr nicht ganz so hoch wie die in den Realschulen. Die Gymnasien hatten am 20. 9. 1974 über 69 400 Schüler, rund 4 100 (6,3 %) mehr als am 20. 9. 1973.

Die Sonderschulen wurden am 20. 9. 1974 von ungefähr 500 Schülern mehr besucht als vor einem Jahr. Am 20. 9. 1974 befanden sich in den öffentlichen Sonderschulen rund 19 500 Schüler, darunter fast 17 400 in Sonderschulen für Lernbehinderte.

Die Zahl der Einrichtungen im vorschulischen Bereich – öffentliche Vorklassen und Schulkindergärten – wurde vergrößert. Am 20. 9. 1974 standen in Schleswig-Holstein 295 Vorklassen zur Verfügung (20. 9. 1973: 274 Vorklassen). Sie wurden am Erhebungsstichtag von 6 769 (6 068) noch nicht schulpflichtigen Kindern besucht. In

Schulkindergärten, die für schulpflichtige, aber vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder eingerichtet sind, befanden sich am 20. 9. 1974 969 Kinder (897).



Auch 1974 Zunahme des Fremdenverkehrs

Im Sommerhalbjahr 1974 (Anfang April bis Ende September) wurden in Schleswig-Holstein die bisher höchsten Fremdenverkehrsergebnisse des Sommerhalbjahres 1973 noch leicht übertroffen. In den Beherbergungsstätten und Privatquartieren der 134 Berichtsgemeinden stieg die Zahl der aufgenommenen Gäste um 5 % auf 1,97 Mill. und die Zahl der Übernachtungen um 3 % auf 18,37 Mill. In den Seebädern betrug die Zunahme der Übernachtungen – bedingt durch kühles Wetter – nur 1 %. Dagegen übertrafen die Heilbäder (+ 17 %), Luftkurorte (+ 13 %) und Erholungsorte (+ 8 %) die Ergebnisse des Sommers 1973 erheblich.



Anhaltender Rückgang der Straßenverkehrsunfälle

Der im Jahre 1973 einsetzende Rückgang der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und der dabei Verunglückten setzte sich in der Zeit von Januar bis September 1974 fort. In diesen neun Monaten ereigneten sich in Schleswig-Holstein 11 145 Unfälle mit Personenschaden, das sind 14 % weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1973. Bei diesen Unfällen wurden 457 Personen getötet (- 16 %) und 14 730 Personen verletzt (- 15 %).

Die Veränderung der Altersstruktur der Studenten und ihre Ursachen

Ein Studium stellt für den einzelnen Studenten und auch für die Gesellschaft eine Investition dar, die erst langfristig im Berufsleben ihren Ertrag erbringt. Es ist daher von Bedeutung, in welchem Lebensalter der Student sein Studium aufnimmt, wie lange er im Hochschulbereich verbleibt und in welchem Lebensalter er die Hochschule verläßt, um in einen Beruf zu gehen.

In dem vorliegenden Aufsatz wird zunächst versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob sich die Altersstruktur der Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein im Laufe von 14 Jahren, nämlich vom Wintersemester 1959/60 bis zum Wintersemester 1973/74, verändert hat. In die Untersuchung einbezogen wurden die deutschen Studenten, die an der Universität Kiel, an der Medizinischen Hochschule Lübeck¹ sowie an den beiden pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein studiert haben. In der Untersuchung fehlen die Studenten der Fachhochschulen und die Studenten der Musikhochschule Lübeck. Das Material stammt aus der Studentenstatistik, in der die Studenten nach Geburtsjahren ausgewiesen sind. Die Geburtsjahre wurden in Altersjahre umgerechnet, und zwar nur grob auf ganze Jahre.

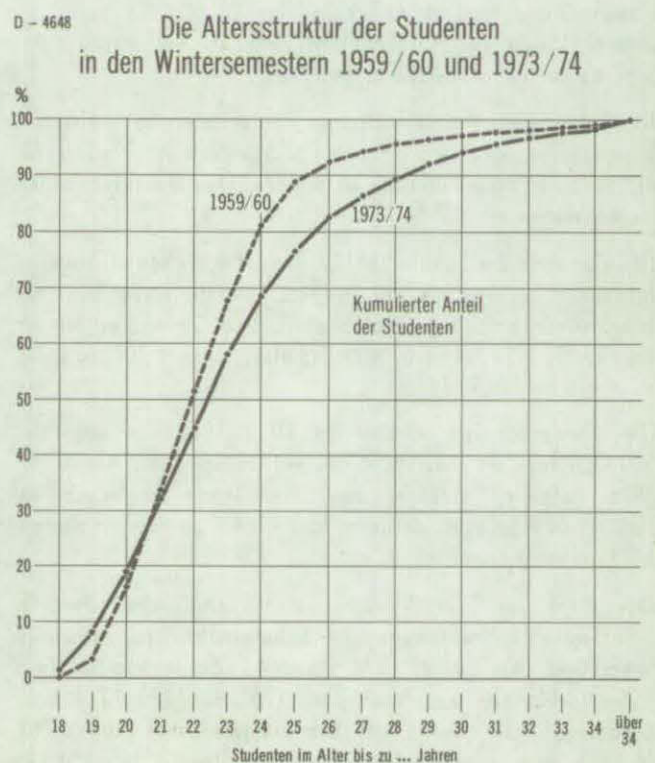
Die Zahl der Studenten an den Hochschulen, die in die Untersuchung einbezogen wurden, hat von gut 4 900 im Wintersemester 1959/60 auf rund 13 300 im Wintersemester 1973/74 zugenommen, d. h. sie hat sich in diesem Zeitraum fast verdreifacht (+ 171%). Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Studenten in den beiden Semestern auf die einzelnen Altersjahre verteilen.

Werden die Studenten in zwei Gruppen aufgeteilt, und zwar in die 24jährigen und jüngeren und in die 25jährigen und älteren, so ergibt sich, daß der Anteil der jüngeren Studenten jetzt niedriger ist als vor 14 Jahren. Im Wintersemester 1959/60 waren knapp 81% und im Wintersemester 1973/74 gut 68% der Studenten jünger als 25 Jahre. Die Tatsache, daß die Studenten heute älter sind als vor eineinhalb Jahrzehnten wird noch deutlicher, wenn der Anteil der Studenten im Alter von 28 und mehr Jahren verglichen wird: Im Winter 1959/60 gehörten 6,0% und im Winter 1973/74 bereits 13,6% der Immatrikulierten zu dieser Altersgruppe.

¹) Die 1964 als zweite medizinische Fakultät der Universität Kiel gegründete Medizinische Akademie ist seit dem 2. Mai 1973 eine selbständige medizinische Hochschule

Alter in Jahren	Wintersemester 1959/60		Wintersemester 1973/74	
	Anzahl	%	Anzahl	%
18 und jünger	2	0,0	179	1,3
19	157	3,2	877	6,6
20	632	12,9	1 436	10,8
21	856	17,5	1 768	13,3
22	858	17,5	1 694	12,7
23	798	16,3	1 722	12,9
24	650	13,3	1 414	10,6
25	391	8,0	1 076	8,1
26	162	3,3	791	5,9
27	95	1,9	543	4,1
28	68	1,4	360	2,7
29	45	0,9	364	2,7
30	36	0,7	282	2,1
31	25	0,5	182	1,4
32	18	0,4	157	1,2
33	17	0,3	111	0,8
34	17	0,3	92	0,7
35 und älter	68	1,4	255	1,9
Zusammen	4 895	100	13 303	100
Ohne Angabe	23	.	-	.
Insgesamt	4 918	.	13 303	.

Die Veränderung der Altersstruktur der Studenten läßt sich anschaulich durch die aufwärts kumulierte Häufigkeitsverteilung darstellen.



Im Widerspruch zu den vorstehend gemachten Aussagen scheint zunächst die Behauptung zu stehen, daß die Studenten immer jünger werden, wenn sie das Studium aufnehmen. Im Wintersemester 1959/60 waren 3,2% der Studenten unter 20 Jahre alt. Dieser Anteil hat 1973/74 7,9% betragen. Eine Erklärung für die Verschiebung der Altersstruktur in diesem Bereich kann in der Umstellung des Schuljahrsbeginns vom Frühjahr auf den Herbst im Jahre 1967 liegen. Durch diese Verwaltungsmaßnahme verkürzte sich für die Schüler, die sich 1967 bereits in der Schule befanden, die Schulzeit um rund ein halbes Jahr. Die Folgewirkung ist, daß noch bis 1980 die Reifeprüfung um diesen Zeitraum früher abgelegt werden kann als vor 1967. Gehörte noch bis einschließlich des Schuljahres 1965/66 der größte Anteil der Abiturienten - nämlich 45% bis 50% - zu der Altersgruppe der 20jährigen, so ist nach den zwei Kurzschuljahren diese starke Konzentration auf die Altersgruppe der 19jährigen Abiturienten zu beobachten.

Eine andere Frage ist, wie die Spanne zwischen Erwerb der Hochschulberechtigung und Studienbeginn aussieht. Aus den Ergebnissen der Hochschulstatistik läßt sich ablesen, wann die Studienanfänger die Berechtigung zum Studium erhalten haben. Faßt man die Studenten des ersten und zweiten Semesters hier, abweichend von der exakten Definition, als Studienanfänger zusammen, so ist festzustellen, daß der Anteil der männlichen Studienanfänger, die in demselben Jahr, in dem sie die Studienberechtigung erworben haben, auch ihr Studium begonnen haben, gemessen an allen männlichen Studienanfängern, von 63% im Jahre 1963 auf 47% im Jahre 1973 zurückgegangen ist. Für den gleichen Beobachtungszeitraum ist die Quote derjenigen, die ein Jahr nach Erwerb der Berechtigung ihr Studium aufnahmen, von 11% auf 19% und der Prozentsatz derjenigen, bei denen die Zeitspanne zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studienbeginn zwei Jahre betrug, von 14% auf 25% gestiegen. Der Anteil der männlichen Studienanfänger, die vor drei und mehr Jahren die Hochschulreife erwarben, ist im Zeitablauf von zehn Jahren leicht gesunken: 1963 betrug er 10,5%, 1973 9,3%. Bei den weiblichen Studenten ist die Zeitspanne zwischen dem Jahr des Erwerbs der Studienberechtigung und dem des Studienbeginns seit 1963 relativ konstant geblieben. Mit 83% ist der Anteil der Studentinnen, die unmittelbar nach Erwerb der Hochschulreife das Studium aufnehmen, unverändert hoch. Auch für die Zeitspanne von einem und mehr Jahren sind nur geringfügige Änderungen der Anteile im Zeitablauf festzustellen.

Die bei den männlichen Studienanfängern größer gewordene Spanne zwischen Erwerb der Studienberechtigung und Studienbeginn könnte dadurch entstanden sein, daß der Anteil der Studenten, die vor Eintritt in die Hochschule den Wehr- oder Ersatzdienst abgeleistet haben, gestiegen ist. In einer Untersuchung des Deutschen Studentenwerks e. V. über die soziale Lage der Studenten im Bundesgebiet hat sich ergeben, daß im Sommersemester 1973 rund 40% der Studenten den Wehr- oder Ersatzdienst bereits abgeleistet hatten. 1967 waren es 24% und 1963 nur 12% gewesen. Die Ergebnisse dieser Erhebung beruhen auf einer Stichprobe. Es wurden rund 27 000 Studenten aus 19 Universitäten und Technischen Universitäten und 7 300 Studenten aus 16 Fachhochschulen im Bundesgebiet befragt. Die Antwortquote lag bei 76%.

Da an der Universität Kiel und an den pädagogischen Hochschulen für die Mehrzahl der Studiengänge vor Aufnahme des Studiums keine Pflicht besteht, ein Praktikum abzuleisten - sie besteht überwiegend für ein ingenieurwissenschaftliches Studium - kann die Absolvierung eines Praktikums nicht als Ursache für den steigenden Anteil der männlichen Studenten, die erst nach ein oder zwei Jahren in den Hochschulbereich eintreten, herangezogen werden. Es kann allerdings vermutet werden, daß manche Studienwillige sich erst eine finanzielle Grundlage schaffen wollen, bevor sie das Studium aufnehmen; sie unterbrechen dann die bereits aufgenommene berufliche Tätigkeit. Andere brechen ihre berufliche Ausbildung in der Hoffnung ab, ihre Berufsaussichten durch ein erfolgreiches Studium zu verbessern.

Auch der verstärkt eingeführte Numerus clausus könnte sich auf den Beginn des Studiums auswirken. Neben den vorrangig zu behandelnden Studienbewerbern, für die eine Versagung der Zulassung eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde, und den ausländischen und staatenlosen Bewerbern sowie der bevorzugten Zulassung derjenigen Bewerber, die den Wehr- oder Ersatzdienst geleistet haben, werden die Studienwilligen überwiegend nach den schulischen Leistungen oder der Wartezeit für ein Studium in zulassungsbeschränkten Fächern ausgewählt. Die Wartezeit wird gemessen vom Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung. Je größer der Zeitraum ist, der zwischen Hochschulberechtigung und Studienbewerbung liegt, desto größer ist die Chance, einen Studienplatz zu erhalten. Eine Auswertung der Ergebnisse des Zulassungsverfahrens zum Wintersemester 1973/74 an der Universität Kiel hat jedoch gezeigt, daß im ungünstigsten

Fall die Wartezeit für einen Studienplatz zwei Jahre beträgt. Für die meisten Studiengänge konnten die Studenten berücksichtigt werden, die ihre Hochschulreife unmittelbar vor Studienbeginn erworben haben, d. h. Reifeprüfung im Frühsommer und Studienbeginn im folgenden Wintersemester.

Ein weiterer Grund dafür, daß sich die Altersstruktur der Studenten zugunsten höherer Jahrgänge verschoben hat, liegt in dem Ausbau des zweiten Bildungswesens. Außer der Vielfalt der Berechtigungsarten zum Hochschulstudium ist auch ihre Ausgestaltung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Dabei kann vorausgesetzt werden, daß die Qualifikationen über den zweiten Bildungsweg häufig nach der ersten beruflichen Erfahrung angestrebt werden. Der weitaus größte Teil der Studenten hat zwar auch heute noch das Reifezeugnis eines Gymnasiums; der Anteil der Studenten mit einer anderen Studienberechtigung ist jedoch größer geworden. Nach der Auswertung der Studentenstatistik des Wintersemesters 1959/60 legten an der Universität Kiel 93 % der männlichen und 97% der weiblichen Studienanfänger das Reifezeugnis eines Gymnasiums (ohne Fachgymnasium) bei der Immatrikulation vor. Diese Anteile gingen zurück. Im Wintersemester 1965/66 wiesen 88% der männlichen Studienanfänger das Reifezeugnis vor, bei den Studienanfängerinnen waren es 89%. Der Anteil der Studienanfänger mit dem erfolgreichen Abschluß eines Gymnasiums belief sich im Wintersemester 1973/74 bei den männlichen Studienanfängern auf 84%, bei den weiblichen auf 81%. Im Bereich der Universität Kiel hat also der Anteil der Studienanfänger beider Geschlechter mit dem Reifezeugnis aus dem traditionellen Schulbereich abgenommen.

Für die pädagogischen Hochschulen Kiel und Flensburg liegt seit dem Wintersemester 1966/67 vergleichbares Zahlenmaterial vor. Daraus läßt sich erkennen, daß der Anteil der Studienanfänger mit dem Reifezeugnis eines Gymnasiums niedriger ist als bei den Studienanfängern an der Universität Kiel. Eine sinkende oder steigende Tendenz dieser Quote ist für die männlichen Studienanfänger nicht festzu-

stellen. Dagegen scheint der Anteil der Studienanfängerinnen mit Reifezeugnis zu fallen.

Wie der Zeitpunkt des Studienbeginns von der Art der Hochschulberechtigung abhängt und wie dadurch der Altersaufbau der Studenten beeinflußt wird, läßt sich darstellen, wenn die Verteilung der Studienanfänger nach dem Alter mit der Berechtigungsart kombiniert wird. Im Wintersemester 1973/74 gehörten von den männlichen Studienanfängern an der Universität Kiel, die die Reifeprüfung eines Gymnasiums hatten, 90% zu der Altersgruppe der 22jährigen und jüngeren Studienanfänger. Von allen Studienanfängern, die eine andere Zugangsberechtigung zum Studium vorgelegt haben, waren nur 62% in diesem Alter. Für die Studienanfängerinnen gilt ähnliches. Da für sie keine Bundeswehr- oder Ersatzdienstpflicht besteht, ist hier die Altersgruppe der 20jährigen und jüngeren gewählt worden. Zu dieser Altersgruppe gehörten 90% aller Studienanfängerinnen, die das Reifezeugnis eines Gymnasiums nachweisen konnten, aber nur 72% der Studienanfängerinnen, die einen anderen Nachweis über die Hochschulreife hatten. An den pädagogischen Hochschulen ist der Altersaufbau der Studienanfänger noch stärker geprägt durch die Art der Hochschulzugangsberechtigung: im Wintersemester 1973/74 zählten 83% (90%) der männlichen (weiblichen) Studienanfänger mit der Reifeprüfung eines Gymnasiums zu der jeweiligen Altersgruppe, aber nur 39% (62%) der Studienanfänger(innen), die einen anderen Vorbildungsnachweis vorgelegt haben. Auch wenn das Zahlenmaterial nur eines Wintersemesters herangezogen werden konnte, und die Anzahl der Studienanfänger bei einer Größe liegt, die die Verteilung auf die Altersgruppen in Abhängigkeit von der Hochschulzugangsberechtigung vor Zufallsereignissen nicht absichert, so läßt sich doch die Behauptung aufrechterhalten, daß das statistisch erwiesene "Älterwerden" der Studenten u. a. auch durch den Ausbau des zweiten Bildungsweges bewirkt worden ist.

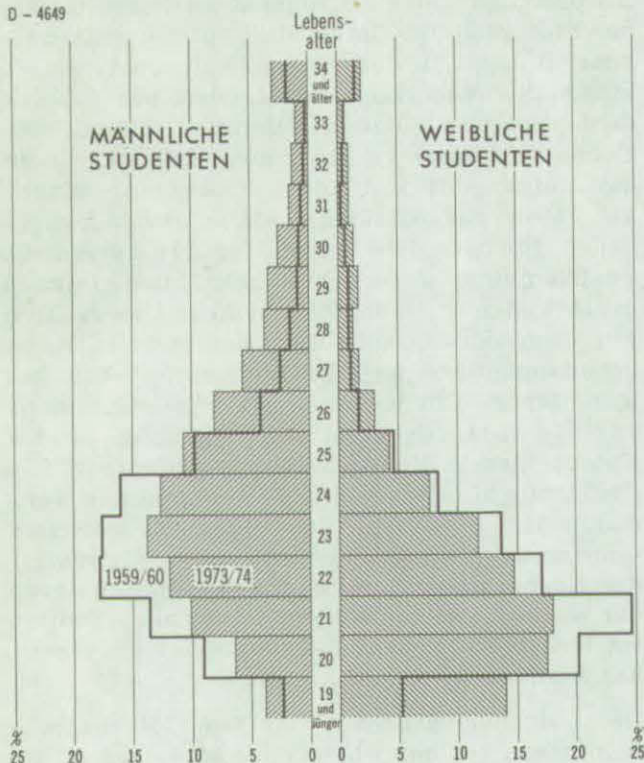
Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersstruktur der Studenten zeigt das zweite Bild. Sie sind vermutlich vor allem durch den Bundeswehrdienst der Studenten bedingt. Daß die Anteile bei den Studentinnen in den höheren Altersjahren - bezogen auf alle Studentinnen - niedriger sind als die entsprechenden Anteile bei ihren Kommilitonen, dürfte auch daran liegen, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Studentinnen das Studium abbricht, um zu heiraten oder um eine praktische Tätigkeit aufzunehmen. Quantifizieren lassen sich diese Aussagen zur Zeit genau so wenig wie eine weitere mögliche Erklärung für die Unterschiede in der Altersstruktur, daß nämlich von den Studentinnen mehr nach einer kürzeren

Studienanfänger an pädagogischen Hochschulen mit dem Reifezeugnis eines Gymnasiums (ohne Fachgymnasien) in % aller Studienanfänger

Wintersemester	Männlich	Weiblich
1966/67	61	71
1968/69	59	63
1970/71	71	62
1971/72	54	68
1972/73	67	63
1973/74	65	63

Der Altersaufbau der männlichen und weiblichen Studenten in den Wintersemestern 1959/60 und 1973/74

D - 4649



Studienzeit zum erfolgreichen Abschluß gelangen als von den Männern.

Die Verschiebung der Altersstruktur der Studenten zugunsten der älteren Jahrgänge wurde bislang durch Faktoren erklärt, die den Zeitpunkt des Studienbeginns beeinflussen. Die Dauer des Studiums ist dagegen bisher als im Zeitablauf konstant betrachtet worden. Im folgenden wird geprüft, ob diese Annahme aufrechterhalten werden kann.

Um Aussagen über den durchschnittlichen Verbleib der Studenten an den Hochschulen zu machen, zieht man üblicherweise die Studiendauer oder die Verweildauer heran. Die Studiendauer gibt an, wieviel Semester durchschnittlich von der Erstimmatrikulation bis zum Examen gebraucht werden. Zur Beantwortung dieser Frage müssen daher Angaben über die Studenten vorliegen, die ein Examen bestehen oder endgültig nicht bestehen. Erst die nach dem Hochschulstatistikgesetz einzuführende individualisierte Prüfungsstatistik wird Auskunft über Studienerfolg und Studiendauer geben. Da in die Berechnung der Studiendauer nur die Studenten eingehen, die sich überhaupt einer Abschlußprüfung stellen, ist eine Aussage über das Verhalten aller Studenten nicht möglich. Will man dagegen die zeitliche Belastung der Hochschulen durch die Immatrikulierten ermitteln, so zieht man die Verweildauer heran. Sie zeigt auf, wie lange die Studenten durchschnitt-

lich an Hochschulen, gleichgültig ob mit oder ohne Examen, verbleiben.

Unmittelbar aus der Studentenstatistik kann man jedoch nur die durchschnittliche Semesterzahl der Studenten, die sich zum Zeitpunkt der Befragung gerade auf der Hochschule befinden, ablesen. Bei der Semesterzahl unterscheidet man dabei zwischen Hochschulsemester und Fachsemester. Unter Fachsemester sind die Semester zu verstehen, die dem Studenten für die angestrebte Abschlußprüfung für ein bestimmtes Studienfach oder für eine bestimmte Studienfachkombination anerkannt werden. Die Hochschulsemester müssen diesen in der Regel durch die Prüfungsordnung geprägten inhaltlichen Bezug nicht aufweisen. Es handelt sich bei ihnen um die Semester, die ein Student im Hochschulbereich unabhängig von seinem Studienziel absolviert. Die Zahl der Hochschulsemester kann für den einzelnen Studenten gleich oder größer sein als die Zahl seiner Fachsemester, aber nicht kleiner.

Je nach dem Inhalt der Fragestellung können für die Errechnung der durchschnittlichen Semesterzahl der Immatrikulierten die Hochschul- oder Fachsemester zugrunde gelegt werden. Um zu klären, inwieweit die derzeit gültigen Mindeststudienzeiten laut Prüfungsordnung noch realistisch sind, wird man die Fachsemesterangaben heranziehen. Will man die Aussage, daß die Überfüllung der Hochschulen u. a. eine Folge der Studienfachwechsler ist, zahlenmäßig belegen, so werden die Angaben über Hochschulsemester relevant. Die Angaben über die Zahl der Hochschulsemester sind eher kontrollierbar. Abgesehen von Studienunterbrechungen ergibt sich die Hochschulsemesterzahl für jeden Studenten als die Zeitspanne zwischen Zeitpunkt der Erstimmatrikulation und Zeitpunkt der Befragung. Die Fachsemesterangabe kann so nicht geprüft werden. Außerdem ist sie in vielen Fällen dem Studenten zum Zeitpunkt der Befragung selbst noch unbekannt, da bei einem Studiengangwechsel erst zu einem späteren Zeitpunkt Fachsemester aus dem gewechselten Studiengang anerkannt werden. Für die Universität Kiel und die Medizinische Hochschule Lübeck liegen statistische Ergebnisse über die Verteilung der Studenten nach der Zahl der Fachsemester und nach der Zahl der Hochschulsemester vor.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Semesterzahl der deutschen Studenten an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck in den letzten 15 Wintersemestern. In diesen Durchschnittswerten schlagen sich die Auswirkungen unterschiedlicher Faktoren nieder. Nicht übersehbar ist jedoch die Tatsache, daß die Durchschnittswerte in den letzten Jahren gestiegen sind. Ferner fällt auf, daß die männlichen Studenten

Deutsche Studenten an der Universität Kiel
und der Medizinischen Hochschule Lübeck

Wintersemester	Hochschulsemester		Fachsemester	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	durchschnittliche Zahl der absolvierten Semester			
1959/60	6,1	5,3	5,8	5,1
1960/61	.	.	5,7	5,4
1961/62	.	.	6,0	5,5
1962/63	6,6	6,0	6,2	5,7
1963/64	.	.	6,4	5,7
1964/65	7,0	6,4	6,6	6,1
1965/66	7,1	6,7	6,7	6,4
1966/67	7,1	6,3	6,7	6,0
1967/68	7,0	6,1	6,5	5,8
1968/69	6,4	5,6	6,0	5,2
1969/70	6,0	5,3	5,6	5,0
1970/71	6,2	5,3	5,8	4,9
1971/72	6,5	5,4	5,9	5,0
1972/73	7,0	5,6	6,3	5,1
1973/74	7,5	6,0	6,6	5,3

im Durchschnitt mehr Hochschul- und auch Fachsemester aufweisen als ihre Kommilitoninnen.

Auch an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg verstärkt sich - wie die folgende Tabelle zeigt - der Trend zu einer höheren Zahl von durchschnittlichen Hochschul- und Fachsemestern.

Deutsche Studenten an den pädagogischen Hochschulen

Wintersemester	Hochschulsemester		Fachsemester	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	durchschnittliche Zahl der absolvierten Semester			
1966/67 ¹	3,5	3,3	3,5	3,3
1967/68 ¹	3,6	3,4	3,6	3,4
1968/69	3,9	3,8	3,8	3,7
1969/70	3,7	3,2	3,4	3,1
1970/71	3,7	3,1	3,2	3,0
1971/72	4,0	3,3	3,3	3,1
1972/73	4,7	3,6	3,6	3,3
1973/74	5,4	4,1	4,0	3,8

1) in diesen Erhebungen wurde nicht zwischen Hochschul- und Fachsemester unterschieden

Für beide Geschlechter liegen die Durchschnittswerte an den pädagogischen Hochschulen unter den Werten für die Studenten der Universität Kiel. Die Zahl der durchschnittlich absolvierten Fachsemester ist für die Studenten der pädagogischen Hochschulen nur gering angestiegen. Die leichte Zunahme wird vermutlich durch den gestiegenen Anteil der Studenten bedingt sein, die an den pädagogischen Hochschulen das Studienziel des Diplom-Pädagogen oder das Lehramt an Sonderschulen anstreben. Diese Studiengänge setzen eine Mindeststudienzeit von acht Semestern voraus, während die für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und an Realschulen nur eine von sechs Semestern verlangen.

Die Zunahme der durchschnittlich absolvierten Hochschulsemester an den pädagogischen Hochschulen ist u. a. darauf zurückzuführen, daß Studenten der Universität auf die pädagogische Hochschule übergewechselt sind. Dabei lassen die geschlechtsspezifischen Unterschiede den Schluß zu, daß sich unter den männlichen Hochschulwechslern Studenten befinden, die an der Universität in einem Studiengang eingeschrieben waren, für den sie an den pädagogischen Hochschulen keine oder nur vereinzelt Fachsemester angerechnet bekommen. Daraus erklärt sich auch der relativ hohe Unterschied zwischen durchschnittlich absolvierten Hochschulsemestern und Fachsemestern bei den männlichen Studenten im Wintersemester 1973/74. Bei den weiblichen Studenten ist der Unterschied in diesem Maße nicht sichtbar. Als Erklärung hierfür kann u. a. angenommen werden, daß die Zahl der Hochschulwechsler einerseits geringer ist, und daß andererseits der Hochschulwechsel bei ihnen lediglich durch den Wechsel des angestrebten Lehramts bedingt ist und deshalb mehr Fachsemester angerechnet werden.

Die durchschnittliche Zahl an Hochschulsemestern ist nur ein grobes Maß, das nichts über die Verweildauer der Studenten an der Hochschule aussagt. Die durchschnittliche Verweildauer gibt an, wie lange im Durchschnitt ein Student einen Studienplatz in Anspruch nimmt. Hierzu wäre es erforderlich, eine Verlaufstatistik zu haben, mit deren Hilfe für jeden Studenten die Zahl der Semester vom Studienbeginn bis zum Ausscheiden aus dem Hochschulbereich exakt ermittelt werden könnte. Es gibt aber Methoden², die es ermöglichen, auf der Grundlage von Bestandsstatistiken Verläufe zu konstruieren.

Die erste Voraussetzung, um die durchschnittliche Verweildauer der Studenten berechnen zu können, ist die Annahme, daß sich Hochschulzugänge und -abgänge (und zwar auch innerhalb jeder Studienjahresgruppe) ausgleichen, so daß mit einem festen Bestand an Studenten gerechnet werden kann. Selbst wenn diese Annahme für die Gesamtheit der Hochschulen einigermaßen zuträfe, so ist sie doch für die einzelnen Studiengänge eine Fiktion. Deshalb wurde hier auch lediglich versucht, die Berechnung für die deutschen Studenten der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck insgesamt durchzuführen.

Der nächste Schritt ist, die Zahl der Studenten nach Hochschulsemestern für zwei aufeinander-

2) siehe hierzu: Analysen zum Hochschulgesamtbereich von H. P. Widmayer, M. Jermann und F. Reichhold, in: Bildung in neuer Sicht, S. 131 ff. und Studienplatznachfrage und Absolventenbilanz einer Universität von R. Jochimsen, H. Knobel, W. Ochel, V. Schmidt, S. 81 ff.

folgende Kalenderjahre zu ermitteln. Für die Universität Kiel und die Medizinische Hochschule Lübeck wurden das Sommersemester 1967 und das Wintersemester 1967/68 zum Kalenderjahr 1967 und die nächsten beiden Semester zum Kalenderjahr 1968 zusammengefaßt. In gleicher Weise wurde, um Vergleichsjahre zu bekommen, für die Kalenderjahre 1972 und 1973 verfahren. Die Studenten wurden dann je Kalenderjahr nach der Anzahl ihrer absolvierten Studienjahre verteilt, wobei das 1. und 2. Hochschulsemester das erste Studienjahr, das 3. und 4. Hochschulsemester das zweite Studienjahr usw. ergeben.

Für die so aufbereitete Studentenstatistik wurden dann Übergangsquoten der Studenten errechnet, und zwar vom ersten Studienjahr im Kalenderjahr 1967 zum zweiten Studienjahr im Kalenderjahr 1968, vom zweiten Studienjahr im Kalenderjahr 1967 zum dritten Studienjahr im Kalenderjahr 1968 usw. Der letzte Schritt bestand dann darin, die einzelnen Übergangsquoten durch Multiplikation miteinander zu verketteten. So erhält man Auskunft darüber, wieviel Prozent des Anfangsbestandes der Studenten (Jahresstudienanfänger) x-Jahre studierten. Aus dieser Verkettung ergeben sich folgende Ergebnisse:

Zahl der Studienjahre	Anteil der Jahresstudienanfänger, die bereits ... Studienjahre auf der Hochschule verbracht haben. (in %)	
	berechnet auf Grund der Kalenderjahre	
	1967 und 1968	1972 und 1973
1	100,0	100,0
2	93,0	95,3
3	90,2	92,8
4	99,7 ^a	92,2
5	82,7	80,9
6	51,1	66,9
7	17,7	44,3
8	4,8	25,5
9 und mehr	3,1	34,4

a) Dieser Wert erklärt sich aus einem hohen positiven Saldo zwischen Zu- und Abgängen. Hier zeigt sich, daß die Bedingung "Zugang = Abgang" (siehe Text) tatsächlich nicht in jeder Stufe erfüllt ist

Das arithmetische Mittel der vorstehenden Verteilung ergibt die durchschnittliche Verweildauer der Studenten an der Universität

Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck. Sie beträgt für Hochschulsemester und auf der Basis der Kalenderjahre 1967 und 1968 5,4 Jahre. Dieser Durchschnittswert machte 5 Beobachtungsjahre später, nämlich für die Kalenderjahre 1972 und 1973, 6,3 Jahre aus. Dabei fällt auf, daß die Anteile der Jahresstudienanfänger, die 6 und mehr Jahre studierten, erheblich zugenommen haben.

Trotz der gemachten Einschränkungen und statistischen Unzulänglichkeiten dürften die vorstehenden Ergebnisse als einigermaßen realistisch angesehen werden. Es kann zumindest behauptet werden, daß die durchschnittliche Verweildauer der Studenten auf der Hochschule länger geworden ist. Das kann viele Gründe haben, die sich - zumindest mit dem heute vorliegenden statistischen Material - nicht quantifizieren lassen. Die längere Verweildauer kann z. B. dadurch bedingt sein, daß Studienbewerber, die in zulassungsbeschränkten Fächern abgewiesen worden sind, zunächst einen anderen Studiengang wählen, um dann nach der Zulassung für das angestrebte Fach in diesen Studiengang überzuwechseln. Gestiegen ist vielleicht auch die Zahl der Studenten, die nach abgeschlossenem Erststudium ein Zweitstudium aufnehmen. Von den gut 9 500 deutschen Studenten an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck im Wintersemester 1973/74 haben 8% bereits eine bestandene Abschlußprüfung nachgewiesen.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Die Studenten des Wintersemesters 1973/74 weisen eine andere Altersstruktur auf als die des Wintersemesters 1959/60. Die Verteilung hat sich im wesentlichen mehr zu den höheren Altersjahren verschoben. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß der Zeitraum zwischen Erwerb der Studienberechtigung und Studienbeginn größer geworden ist. Außerdem wird in zunehmendem Maße die Studienberechtigung erst in einem höheren Lebensalter erworben (z. B. über den zweiten Bildungsweg). Hinzu kommt, daß aus verschiedenen Gründen (Studienfachwechsel, Zweitstudium usw.) die durchschnittliche Verweildauer der Studenten an der Hochschule länger geworden ist.

Friedrich-Karl Wormeck

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht B III 1

Die verarbeitende Industrie 1974

Die Ergebnisse des kurzfristigen Berichtssystems in der Industrie¹, eines unserer wichtigsten Konjunkturindikatoren, können den Konsumenten, für ein Jahr aggregiert, erst im Frühjahr des Folgejahres vorgelegt werden. Doch Fachverwaltungen wie -verbände, Kammern wie Tarifpartner sind aus den verschiedensten Gründen gehalten, in die Zukunft gerichtete Entscheidungen zu einem früheren Zeitpunkt zu treffen. Dieser Nachfrage dient eine Zwischenbilanz, die auf den Ergebnissen für neun Monate basiert².

Die Erwartungen der Wirtschaft waren zu Beginn des Jahres 1974 von erheblichen Risiken verschiedener Ursache geprägt:

Unsicherheiten hinsichtlich der Energie- und Rohstoffversorgung, begleitet von einem in diesen Bereichen außerordentlich hohen Preisauftrieb;

Fortführung der restriktiven, wenn auch sektoral etwas gelockerten Kreditpolitik.

Daß die schleswig-holsteinische Industrie 1974 - im Gegensatz zum Bund - trotz dieser Erschwernisse und deren Folgeerscheinungen im ganzen positiv abgeschnitten hat (womit nicht etwa die Gewinnentwicklung gemeint ist), beruht überwiegend auf Fakten, die in der vom Bundesdurchschnitt abweichenden Struktur der Industrie dieses Landes begründet sind: Einerseits haben die Zweige hier nur ein sehr geringes Gewicht, die - wie die Automobil-, Textil- und Bekleidungsindustrie - besonders heftigem rezessiven Druck ausgesetzt waren; andererseits sind jene Branchen hier stärker vertreten, die weniger konjunkturanfällig sind (Nahrungs- und Genußmittelindustrien) oder über hohe Auftragspolster verfügen (Schiffbau und seine Zulieferer). Schließlich wurden auch im Berichtsjahr wieder Produktionsstätten von Hamburg in das schleswig-holsteinische Umland verlagert.

Beschäftigteneinsatz unverändert

Auf Bundesebene beschäftigte die Industrie im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums rund 170 000 Erwerbstätige (2%) weniger als vor einem Jahr. Legt man den Stand Ende September zugrunde, so erhöht sich das Defizit sogar auf 300 000 (- 4%). Nicht so in Schleswig-Holstein. Hier konnte der vorjährige Beschäftigtenstand im ganzen voll gehalten

1) einschließlich Bergbau, aber ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Versorgungswirtschaft: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

2) Sämtlichen Vergleichen liegt, soweit nichts anderes vermerkt ist, die Gegenüberstellung der Summen oder Durchschnitte für die Monate Januar bis September 1974 zum gleichen Zeitraum 1973 zugrunde

	Veränderung 1974 gegen 1973 in %	
	Schleswig- Holstein	Bund
Beschäftigte	0	- 2
darunter Arbeiter	- 1	- 3
Arbeiterstunden	- 3	- 5
Löhne und Gehälter	12	10
Umsatz	19	14
davon Inlandsumsatz	15	10
Auslandsumsatz	36	30
Produktionsindex	7	0

werden. Das leichte Absinken der Zahl der Arbeiter (einschließlich Auszubildender) wurde - dem langfristigen Trend folgend - durch ein Mehr an Angestellten reichlich ausgeglichen. In den nach dem Produktionsschwerpunkt und dem Verwendungszweck der Erzeugnisse gegliederten Bereichen war die Beschäftigtenentwicklung unterschiedlich, ja gegenläufig. In ihr findet die konjunkturelle Situation des Jahres 1974 ihren deutlichen Niederschlag. So gesehen, hat nämlich allein der Investitionsgütersektor, nicht zuletzt wegen des günstigen Exportklimas, eine positive Entwicklung erfahren (+ 4%). Im Grundstoffbereich kam es dagegen zu einem leichten (- 1%), im konsumtiven Bereich zu einem stärkeren Beschäftigtenabbau (- 5%).

Die Zahl der von den Industriearbeitern effektiv geleisteten Stunden ging stärker zurück (- 3%) als der Bestand an Arbeitern selbst (- 1%). In jedem der drei großen Industriebereiche verbrachte der Arbeiter 1974 im Durchschnitt weniger Zeit am Arbeitsplatz als 1973. Das gilt in besonderem Maße für die überwiegend Grundstoffe und Produktionsgüter herstellenden Betriebe (- 4%), aber selbst für den expansiven Investitionsgüterbereich (- 1%). Das Ausmaß der Minderleistung deutet jedoch eher auf den Abbau von Überstunden als auf Kurzarbeit hin.

Lohnquote gesunken

Die Summe der von der Industrie getätigten Lohnzahlungen war 1974 um 10% größer als 1973, das Volumen der Gehaltskonten stieg erheblich stärker, nämlich um 17%, an. Berücksichtigt man die uneinheitliche Entwicklung der beiden betroffenen Beschäftigtengruppen, rechnet also auf der Grundlage "Lohn je Arbeiter" bzw. "Gehalt je Angestellter", so kommt es zu einer Annäherung der Zuwachsraten (11% und 13%). Als Kostenfaktor haben Löhne und Gehälter im vergan-

genen Jahr deutlich an Gewicht verloren. Während die reinen Personalkosten (ohne Nebenkosten) 1973 noch 21,5% des Umsatzes ausgemacht hatten, sank ihr Anteil - im folgenden Lohnquote genannt - im Berichtsjahr auf 20,2% und damit unter das bereits 1970 erreichte Niveau³. Wer allein aus diesem Zahlenbild die Feststellung ableitet, damit habe sich der Spielraum für Gewinne vergrößert, bedenkt nicht, daß die Lohnquote nur eine - wenn auch gewichtige - Kostenkomponente unter vielen ist. In diesem Zusammenhang sei nur auf die im letzten Jahr stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise hingewiesen. Es haben sich allerdings mit Sicherheit beachtliche Verschiebungen im Kostengefüge ergeben.

Lohnquote der schleswig-holsteinischen Industrie 1974

Anteil der Bruttosumme der Löhne und Gehälter am Umsatz

Die Größe der Kreise entspricht dem Umsatz in den Industriebereichen



In den großen Bereichen der Industrie entwickelte sich die Lohnquote stark differenziert. Der Rückgang war am kräftigsten im Grundstoffbereich (von 18 auf 14%) - offensichtlich eine Folge der Preisexplosion bei wichtigen Rohstoffen, welche die Umsätze stark aufblähte -, er schrumpfte mit zunehmender Konsumnähe der Erzeugnisse (Investitionsgüter von 34 auf 32%, Verbrauchsgüter von 28 auf 27%). Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien wiesen sogar eine leicht erhöhte Lohnquote nach.

Umsätze real um 7% gestiegen,
Export mit steigender Intensität gewachsen

Die Umsätze in industriellen Erzeugnissen und Leistungen wurden im vergangenen Jahr in weit stärkerem Maße durch die inflationär gestiegenen Preise beeinflusst, als dies in den vorangegangenen Jahren der Fall gewesen war. Hatte der Preisauftrieb für industrielle Produkte auf der Erzeugerstufe 1973 etwa 7% betragen, so kletterte die Teuerungsrate 1974 über die 10%-Marke hinaus⁴. Dabei

3) siehe hierzu: "Umsätze und Löhne in der Industrie im Konjunkturablauf 1969 bis 1974" in dieser Zeitschrift 1974, S. 225 ff.

4) nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes und eigenen Berechnungen.

blieb sie, auf die Gesamtheit der Erzeugnisse bezogen, unterhalb des Bundesniveaus, weil die Herstellung der relativ preiskonstanten Nahrungs- und Genußmittel in Schleswig-Holstein ein viel größeres Gewicht hat als im Bund.

Die Industrie dürfte 1974 aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse - auf das ganze Jahr hochgeschätzt - einen Umsatz zwischen 20 und 21 Milliarden DM und damit um 19% höhere Erlöse erzielt haben als 1973. Kappt man diese Zuwachsrate um die zwangsläufig enthaltene Preissteigerungsrate, so erhält man einen Ausdruck für die Veränderung der abgesetzten Gütermenge (+ 7%), die der Zunahme des Produktionsindex (+ 7%), der produzierten Gütermenge also, etwa gleicht.

Im Grundstoffbereich erhöhten sich - kräftig unterstützt durch den Export - die Umsätze mit Abstand am stärksten (+ 37%). Hier schlug die Verteuerung wichtiger Import-Rohstoffe, wie Erdöl und Papier, besonders zu Buche, so daß - preisbereinigt - der reale Umsatzzuwachs "nur" etwa 11% beträgt. Die Investitionsgüterindustrien weiteten ihre Umsätze um ein Viertel aus. In Preisen von 1973 errechnet sich ein Plus von 14%; damit nimmt dieser Bereich hinsichtlich des realen Wachstums die Spitzenposition ein. Die im Nahrungsmittelsektor nur relativ schwach gestiegenen Preise ließen vom nominalen Umsatzanstieg (+ 9%) real immerhin 4% übrig. Die Umsatzentwicklung im Verbrauchsgüterbereich schließlich macht die Schwäche der binnenwirtschaftlichen Konjunktur deutlich. Zwar zeigt die Summe der Faktoren vordergründig einen positiven Verlauf an (+ 6%); schaltet man aber die Preiskomponente aus, so entsteht ein gleich großer Fehlbetrag.

Bereich	Umsatzsteigerung 1974 gegen 1973 in %		Exportquote	
	nominal	real	1973	1974
			%	
Grundstoffe und Produktionsgüter	37	11	14	20
Investitionsgüter	25	14	37	36
Verbrauchsgüter	6	-6	7	8
Nahrungs- und Genußmittel	9	4	4	6
Insgesamt	19	7	17	19

Der Motor der - auch real - im ganzen noch beachtlichen Umsatzbelebung war 1974 eindeutig die Auslandsnachfrage. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ist im Jahresergebnis mit einem Auslandsumsatz von etwa 4 Mrd. DM zu rechnen, was einer Exportquote von reichlich 19% entspricht (1973: 17%). Während der Wert der an Kunden im Inland gelieferten

Erzeugnisse um 15% zunahm, erhöhten sich die Exporterlöse um mehr als das Doppelte, nämlich 36%. Hätten die Ausfuhren wertmäßig auf dem Vorjahresstand stagniert, so läge das Umsatzwachstum im ganzen nur wenig oberhalb der Inflationsrate. Die Investitionsgüterindustrien führten zwar weiterhin die Liste der Großexporteure an; sie vermochten aber ihre Exportquote nicht mehr zu steigern. Dagegen war der Grundstoffbereich im Auslandsgeschäft außerordentlich erfolgreich. Der von 4% auf 6% gewachsene Exportanteil am Umsatz der Nahrungs- und Genußmittelindustrien ist unter anderem auch methodisch bedingt (verbesserte Erfassung indirekter Ausfuhren von Milcherzeugnissen).

Sparsamer Energieeinsatz bei kräftig erhöhten Preisen

Während der Energieverbrauch der Industrie 1973 noch um 9% höher gelegen hatte als 1972, kann für 1974 etwa mit einem Verbrauch in Vorjahreshöhe gerechnet werden. Das bedeutet relativ einen beachtlichen Einsparungseffekt, denn die produzierte Gütermenge war im verflossenen Jahr um 7% größer als im Jahr davor. Im Zusammenhang mit der im Herbst 1973 von den Rohölförderländern eingeleiteten sogenannten "Erdölkrise", die zwar die Preise hochkatapultierte, die mengenmäßige Versorgungslage der Industrie jedoch kaum beeinflusste, ist es interessant festzustellen, daß der seit vielen Jahren anhaltende Vormarsch des Heizöls - mit einer mittleren jährlichen Zuwachsrate zwischen 4% und 5% - nicht nur zum Stillstand kam, sondern sich sogar in einen Rückzug umwandelte. Die Betriebe schränkten ihren Heizölverbrauch um 2% ein, und der Anteil des Heizöls am gesamten Energieverbrauch, der schon im Vorjahr um zwei Prozentpunkte zurückgegangen war, büßte weitere zwei Prozentpunkte ein, beträgt aber immerhin noch 67%. Es wurde etwa die gleiche Menge an schwerem Heizöl verbraucht wie im Vorjahr, leichtes Heizöl jedoch um ein Zehntel weniger. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Gas, wobei es sich in der Hauptsache um Erdgas handelt. Hier machte die Verbrauchsminderung 5% der Vorjahresmenge aus. Stark im Kommen, wie auch schon 1973, war die Kohle; bei einem Mehrverbrauch um etwa ein Fünftel der vorjährigen Menge bestritt sie

	Struktur des industriellen Energieverbrauchs	
	1973	1974
Heizöl	69 %	67 %
Kohle	13 %	16 %
Strom	9 %	9 %
Gas	8 %	8 %

ein Sechstel des gesamten Energieverbrauchs. Im Stromverbrauch schließlich ist keine nennenswerte Änderung eingetreten.

Produktion im ersten Halbjahr expansiv, dann abgeflacht

Die Produktion wurde um 7% ausgeweitet; die gleiche Zuwachsrate war für das ganze Jahr 1973 errechnet worden. Während der Anstieg damals aber im Bundesdurchschnitt etwas höher gelegen hatte als in Schleswig-Holstein, näherte sich das Wachstum im Bund jetzt dem Nullpunkt. Aufgrund der Entwicklung im dritten Vierteljahr - mit einer nur noch halb so großen Produktionsausweitung wie im ersten Halbjahr - ist zu erwarten, daß die Jahres-Zuwachsrate geringer als der Durchschnitt für neun Monate ausfallen wird. Mit Ausnahme der Verbrauchsgüter, deren Fertigung im Vergleich zu 1973 eingeschränkt wurde, sind in allen Warenbereichen Produktionsausweitungen zu verzeichnen: die geringste bei Nahrungs- und Genußmitteln, die größte bei Investitionsgütern.

Produktionsindex (1962 = 100)

	Veränderung in %	
	1973	1974
	gegenüber	
	1972 ^a	1973
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 12	+ 4
Investitionsgüter	+ 7	+ 18
Verbrauchsgüter	+ 6	- 3
Nahrungs- und Genußmittel	+ 4	+ 3
Insgesamt	+ 7	+ 7

a) für das ganze Jahr

Die hohe reale Umsatzsteigerung im Grundstoffbereich (11%) hätte eine stärkere Belegung der Produktion vermuten lassen, die mit 4% tatsächlich relativ bescheiden ausfiel. Diese scheinbare Diskrepanz kann damit erklärt werden, daß bestimmte Branchen, wie etwa die Baustoffindustrie, die Produktion drosselten, um angesichts verminderter Nachfrage überhöhte Lagerbestände abzubauen.

Ergebnisse für ausgewählte Branchen

War die Entwicklung schon von Bereich zu Bereich sehr verschieden, so gelten die für die Gesamtheit der Industrie gemachten Aussagen natürlich erst recht nicht für den einzelnen Industriezweig, zumal branchenspezifische Aspekte sehr von der 1974 besonders differenzierten Wirtschaftslage abhängig waren.

Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, alle Industriezweige hier zu Wort kommen zu lassen. Dem interessierten Leser werden dennoch für eine beschränkte Zahl von Industriezweigen einige wichtige Entwicklungsdaten geboten⁵.

Veränderung wichtiger Größen für ausgewählte Industriezweige
1974 gegenüber 1973 in %

	Beschäftigte	Brutto- summe der Löhne und Gehälter	Netto- umsatz	Auslands- umsatz
Mineralölverarbeitung	+ 0	+ 14	+ 95	+ 274
Steine und Erden	- 6	- 2	- 1	+ 470
Chemie	+ 5	+ 18	+ 35	+ 62
Stahl- und Leichtmetallbau	+ 3	+ 14	+ 18	+ 270
Maschinenbau	+ 7	+ 23	+ 8	+ 18
Schiffbau	+ 2	+ 14	+ 71	+ 23
Elektrotechnik	+ 4	+ 17	+ 13	+ 25
Feinmechanik und Optik	+ 7	+ 22	+ 26	+ 29
EBM-Waren	+ 1	+ 11	+ 7	+ 4
Holzverarbeitung	- 11	- 3	- 7	+ 53
Druckerei u. Vervielfältigung	- 2	+ 5	+ 5	- 14
Textilindustrie	- 12	- 0	+ 6	+ 6
Bekleidungsindustrie	- 19	- 11	- 13	+ 17
Meiereien und Käseereien	- 0	+ 12	+ 11	
Fleischverarbeitung	+ 5	+ 21	+ 15	- 14
Futtermittelindustrie	+ 2	+ 14	- 1	+ 409

Die Mineralölverarbeitung erhöhte ihre Produktion trotz außerordentlich stark gestiegener Rohölpreise beachtlich; das Exportgeschäft wurde kräftig belebt. Auch die ebenfalls erdölabhängige chemische Industrie aktivierte die Ausfuhren; ihre Erlössteigerung auf dem Inlandmarkt entsprach nur etwa dem Preisaufrtrieb.

Unter dem Zwang der eingeschränkten Bautätigkeit mußte die Industrie der Steine und Erden in stärkerem Umfang Entlassungen vornehmen. Ihre Umsätze erreichten nicht

5) Die Auswahl repräsentiert etwa drei Viertel der im Neunmonatsdurchschnitt 1973 Beschäftigten

einmal nominal Vorjahreshöhe. Wegen der hohen Transportkosten war das Auslands-geschäft auf dem Baustoffmarkt bisher bedeutungslos (Exportquote 1973: 1%); im Berichtsjahr konnte die Umsatzeinbuße bei Inlandskunden wenigstens zum Teil durch Ausfuhren wettgemacht werden (Exportquote 1974: 4%). Bezüglich der Holzverarbeitenden Industrie ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, wenn auch nicht so ausgeprägt und nicht mit dem gleichen Erfolg. Auch dem Stahl- und Leichtmetallbau gelang es, die Geschäftstätigkeit mit Auslandskunden zu intensivieren. Der Maschinenbau, der Schiffbau und die elektrotechnische Industrie - sie bieten zusammen mehr als 70 000 Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz, das sind fast vier Zehntel aller Industriebeschäftigten - weiteten ihre Belegschaftsstärke zum Teil beachtlich aus. Die höchste Umsatzsteigerung von ihnen registrierten die Werften, die im Berichtsjahr überwiegend für inländische Reeder tätig waren:

	Exportquote (%)	
	1973	1974
Maschinenbau	39	42
Schiffbau	60	43
Elektrotechnik	33	36

Von der Beschäftigung her war die Entwicklung in der Textil- und Bekleidungsindustrie stark rezessiv geprägt. Da die Preise für Textilien stärker anzogen als für Bekleidung, sank der Umsatz in beiden Zweigen real etwa gleich stark ab. Die Futtermittelhersteller steigerten ihre Ausfuhren auf das Fünffache des Vorjahreswertes.

Hermann Egge

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte E 1 1 und E 1 2. Die - unveröffentlichten - Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis September der beiden Jahre (auch Kreiszahlen) stehen Interessenten auf Anforderung zur Verfügung

Investitionen der schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen 1973

Die im Lande ansässigen Industrieunternehmen (mit 10 und mehr Beschäftigten) haben im Jahre 1973 für Investitionen (d. h. Bruttuzugänge auf Anlagekonten einschließlich Investitionssteuer) 595 Mill. DM aufgewendet. Das sind wertmäßig zwar 3,7% mehr als im vorhergehenden Jahr, aber unter Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Investitionsgütern von + 4,6% ist das reale

Investitionsvolumen um etwa ein Prozent kleiner als 1972 ausgefallen. Der nominale Umsatzzuwachs von 1972 auf 1973 belief sich demgegenüber auf fast 14%. Bei noch leicht angestiegener Beschäftigtenzahl stellte sich die Investitionsintensität auf 3 557 DM je Beschäftigten gegenüber 3 443 DM im Jahr zuvor. Die Investitionsquote machte 4,1% des Umsatzes aus (1972: 4,5%). Diese Daten lassen

eine gewisse gedämpfte Investitionsneigung der industriellen Unternehmer erkennen. Das gilt insbesondere für die größeren Industrieunternehmen (100 und mehr Beschäftigte), deren Investitionsaufwand lediglich um 2,3% gegenüber dem Vorjahr zunahm, während bei den kleineren (10 bis 99 Beschäftigte) die Investitionen um 8% stiegen. Das Gewicht der Investitionstätigkeit liegt mit einem Anteil von über 70% bei den 332 größeren Industrieunternehmen. Die Investitionsintensität ist bei den kleineren Unternehmen mit 5 058 DM je Beschäftigten (1972: 4 769 DM) deutlich höher als bei den größeren mit 3 214 DM (1972: 3 145 DM). Das trifft auch für die Investitionsquote zu, die im Berichtsjahr 5,3% des Umsatzes (1972: 5,5%) betrug. Hinsichtlich der Investitionshäufigkeit haben sich keine nennenswerten Änderungen ergeben; nach wie vor nehmen mehr als 90% aller hier erfaßten Unternehmen jährlich mehr oder weniger umfangreiche Anschaffungen von Anlagegütern wie Maschinen, Geräte und Gebäude vor. Die Hauptrichtung der industriellen Investitionen (70%) läuft - wie bisher auch - in Richtung auf die Vermehrung und/oder Verbesserung des Maschinenbestandes. Inwieweit die Anschaffungen kapazitätserweiternden Effekt haben oder der reinen Ersatzbeschaffung oder der Rationalisierung dienen, ist unmittelbar nicht ersichtlich. Ein gutes Viertel wird für die Erstellung (Neu-, Um- und Ausbau) von betrieblich genutzten Baulichkeiten verwendet. Unbebaute Grundstücke sind 1973 mit knapp 2% (1972: 2,5%) an den gesamten Investitionsaufwendungen beteiligt.

Investitionen der schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen
1970 - 1973

10 und mehr Beschäftigte

Jahr	Investitionen insges. Mill. DM	dar. Maschinen etc.		Investitionen je Beschäftigten DM	Anteil der Investitionen am Umsatz in %
		Mill. DM	in % v. Sp. 1		
1970	601,9	438,5	72,9	3 381	5,3
1971	692,8	464,9	67,1	3 901	5,6
1972	573,5	405,6	70,7	3 443	4,5
1973	595,0	416,8	70,0	3 557	4,1

Noch immer hohe Investitionsintensität
in der Ernährungsindustrie

Von den absoluten Investitionsbeträgen her gesehen nehmen nach wie vor die Unternehmen der Ernährungsindustrie mit rund 130 Mill. DM noch vor dem beschäftigungsstärkeren Maschinenbau (93 Mill. DM) den ersten Platz ein. Es folgt die Industrie der Steine und Erden mit gut 58 Mill. DM. Der Schiffbau kommt

mit 54,3 Mill. DM an vierter Stelle. Nimmt man die chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) hinzu, dann ergibt sich für diese fünf Branchen zusammengekommen eine Investitionssumme von rund 382 Mill. DM oder 64% der Investitionen, die 1973 von schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen überhaupt veranlaßt wurden. Eine andere Reihenfolge entsteht, wenn die Investitionsintensität in den Vordergrund gerückt wird: Mit 10 783 DM je Beschäftigten waren die Investitionsaufwendungen in den Unternehmen der Branche "Steine und Erden" fünfmal größer als im Schiffbau. Die Chemie steht bei dieser Betrachtungsweise mit 7 584 DM auf dem zweiten Platz, vor der Ernährungsindustrie mit 5 416 DM. Im Maschinenbau erreicht die Investitionsintensität mit 3 379 DM nur knapp den Durchschnitt für die gesamte Industrie. Zu den Branchen mit niedriger Investitionsintensität gehörte 1973 unter anderen die Bekleidungsindustrie (827 DM), der Stahl- und Leichtmetallbau (1 401 DM) sowie die lederverarbeitende Industrie, Tabakverarbeitung und eisen-schaffende Industrie.

Investitionstätigkeit in ausgewählten Branchen 1973

10 und mehr Beschäftigte

	Unternehmen	Beschäftigte Stand 30. 9.	Investitionen		
			insgesamt Mill. DM	je Beschäftigten DM	in % vom Umsatz
Ernährungsindustrie	223	24 022	130,0	5 416	3,2
Maschinenbau	155	27 540	93,1	3 379	4,8
Steine und Erden	121	5 408	58,3	10 783	9,5
Schiffbau	18	25 315	54,3	2 145	2,7
Chemie	53	6 046	45,9	7 584	7,0
EBM-Industrie	54	6 195	34,0	5 489	7,6
Elektrotechnik	62	11 501	24,5	2 132	3,6
Holzverarbeitung	55	5 308	23,5	4 427	5,2
Druckerei und Vervielfältigung	114	9 710	22,3	2 295	5,3
Feinmechanik, Optik	25	6 845	17,9	2 612	5,7

Auf einige - auch in den vorhergehenden Jahren - überdurchschnittlich investitionsintensive Industriezweige ist besonders hinzuweisen; so investierten die Molkereien und Käsereien 14 321 DM je Beschäftigten gegenüber 9 437 DM im Vorjahr, die Futtermittelindustrie 11 288 DM (9 072 DM), die Brauereien 10 350 DM (7 759 DM). In der Ziegelindustrie betragen die Investitionen je Beschäftigten im Berichtsjahr fast 15 000 DM gegenüber 5 659 DM im Jahr davor. Für die Obst- und Gemüseverarbeitung ergibt sich eine umgekehrte Entwicklung: 1973 belief sich die Investitionsintensität auf 6 616 DM gegenüber 14 291 DM im Vorjahr. Diese Branchen sind hoch anlageintensiv, was eine hohe Investitionsintensität zur Folge hat. Allerdings dürfen derartige

Schwankungen auch nicht überbewertet werden, da häufig aus vorwiegend technischen Gründen erfolgende Investitionsstöße mit einer zufälligen Einmaligkeit behaftet sein können. Sie machen sich in schwach besetzten Industriezweigen besonders deutlich bemerkbar.

Investitionsquote leicht gesunken

Der Anteil der Investitionen am Gesamtumsatz, die sogenannte Investitionsquote, kann als ein Indiz für die mehr oder weniger große Möglichkeit, die Investitionen aus Eigen- oder Fremdmitteln zu finanzieren, angesehen werden. Hohe Investitionsquoten deuten auf hohen Fremdmittelbedarf, niedrige Quoten auf die größere Möglichkeit der Selbstfinanzierung hin. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die grundsätzliche Entscheidung, ob überhaupt und in welchem Umfang Investitionen vorgenommen werden sollen, in erster Linie von den Vorstellungen der Unternehmer über die künftige Wirtschaftsentwicklung, insbesondere von den Gewinnerwartungen beeinflusst wird.

In den letzten Jahren ist die Investitionsquote rückläufig gewesen, und zwar von 5,6% im Jahre 1971 auf 4,1% im Jahre 1973. Von den erheblich gestiegenen Umsatzerlösen ist also ein von Jahr zu Jahr kleiner werdender Teil - wenn auch ein wachsender Betrag - für die Finanzierung von Anschaffungen verbraucht worden. Theoretisch könnte dies eine Erleichterung der Investitionstätigkeit bedeuten, dann nämlich, wenn auch die Gewinne sich mit den Umsätzen gleichlaufend, also stark steigend, entwickelt hätten. Gerade das ist aber offensichtlich wegen der gleichzeitigen Kostenexplosion nicht möglich gewesen. Vielmehr haben die Unternehmen trotz möglicher negativer Spätfolgen ihre Investitionsvorhaben immer stärker drosseln müssen.

Die Investitionsquote 1973 schwankte zwischen 0,8% in der Holzschliff-, Zellstoff-, papier- und pappeerzeugenden Industrie und 17,6% in der

Ziegelindustrie. Sie beläuft sich für die Ernährungsindustrie insgesamt auf nur 3,2%, bei überdurchschnittlich hoher Investitionsintensität. Im Maschinenbau liegt sie mit 4,8% etwas über dem Mittelwert, hier entspricht auch die Investitionsintensität etwa dem Durchschnitt. Der Schiffbau hat bei unterdurchschnittlicher Investitionsintensität eine ebenfalls unterdurchschnittliche Investitionsquote von 2,7%. Die chemische Industrie kommt bei hoher Investitionsintensität auch auf eine hohe Investitionsquote von 7%.

Investitionen für Umweltschutz

Zur Verhinderung, Beseitigung oder Minderung von Umweltschäden haben 80 schleswig-holsteinische Industrieunternehmen 7 Mill. DM aufgewendet, darunter 3,1 Mill. DM für die Abwasserbeseitigung und 3 Mill. DM für Luftreinhaltung. Mehr als die Hälfte des umweltschützenden Investitionsaufwandes, nämlich 4,1 Mill. DM, wurde von der Ernährungsindustrie getätigt, und zwar zu etwa gleichen Teilen für Maßnahmen zur Luftreinhaltung und Abwasserbeseitigung. Im Maschinenbau, der 654 000 DM für Umweltinvestitionen aufwandte, standen Maßnahmen zur Lärmbekämpfung im Vordergrund. Unter den einzelnen Industriezweigen ist die Fleischverarbeitung zu erwähnen, die 1,7 Mill. DM fast ausschließlich für Zwecke der Luftreinhaltung aufwies. Abschließend ist noch zu bemerken, daß die Investitionen für Umweltschutz nur jene Aufwendungen erfassen, von denen nach den §§ 79 und 82 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung Abschreibungen vorgenommen werden durften. Es konnten daher nicht alle direkt oder indirekt mit Umweltschutzmaßnahmen in Verbindung stehenden Anstrengungen der Industrieunternehmen deutlich gemacht werden.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht E I 6. Vergleiche auch: "Investitionen in der Industrie und im Baugewerbe 1972" in dieser Zeitschrift 1974, S. 78 (April)

Investitionen im Baugewerbe 1973

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Die rückläufige Baukonjunktur ist nicht ohne Einfluß auf die Investitionsneigung geblieben. Bereits 1973 wurden in den größeren Unternehmen des schleswig-holsteinischen Baugewerbes mit 145,6 Mill. DM um 10 Mill. DM oder 6,4% weniger Investitionen, d. h. Zugänge (brutto) auf Anlagekonten,

verbucht als im vorhergegangenen Jahr. Der Investitionsboom des Jahres 1969 dagegen hatte zu einer Zuwachsrate von 48% (!) der Investitionssumme geführt. Bei einer Preissteigerung für Investitionsgüter von 4,6% (von 1972 auf 1973) liegt das reale Investitionsvolumen um mehr als ein Zehntel unter dem

vorjährigen Niveau. Am stärksten ist der Einbruch bei Maschinen und Geräten mit einem um etwa ein Fünftel kleineren realen Investitionsvolumen. Demgegenüber haben die Investitionen in bebaute Grundstücke und Gebäude erneut kräftig zugenommen; sie beliefen sich auf 38 Mill. DM und übertrafen damit das Vorjahresergebnis um wertmäßig 12 Mill. DM (+ 48%). Für den Kauf von unbebauten Grundstücken wurden 4 Mill. DM aufgewendet, das ist knapp eine Mill. DM weniger als 1972. Aus dem Verkauf von Anlagegütern wurden 11,6 Mill. DM Erlöst, im Vorjahr waren es 20 Mill. DM gewesen.

In der Investitionsstruktur sind deutliche Verlagerungen eingetreten: Baumaschinen und Baugeräte stellen zwar immer noch den Schwerpunkt der Investitionen dar, aber ihr Anteil am gesamten Investitionsaufwand hat sich seit 1970 von beinahe 90% auf gut 70% reduziert. Sollte dieser Trend anhalten, dann dürften Auswirkungen auf die Kapazität des Baugewerbes unvermeidlich sein. In diesem Zusammenhang sind jedoch die Vorstellungen von Bedeutung, welche Baukapazität mittel- und langfristig notwendig ist. Berechnungen über künftige Kapazitäten sind - wie die Erfahrung zeigt - sehr unsicher, weil die Dynamik des Wirtschaftsgeschehens nicht vorherzusehen ist. Kurzfristig dürften jedenfalls infolge der hohen Anpassungselastizität des Gerätebestandes (bei freien Arbeitskräften kann die Gerätenutzung schnell und kräftig ausgeweitet werden) kaum Auswirkungen zu befürchten sein. Zu Besorgnis Anlaß gibt eher die labile Liquiditätsslage in manchen Bauunternehmen.

Jahr	Beschäftigte	Investitionen je Beschäftigten DM	Investitionen Mill. DM	darunter		Gebäude Mill. DM
				Maschinen ¹ Mill. DM	Anteil in %	
1970	54 227	2 562	138,9	122,1	87,9	13,6
1971	54 554	2 736	149,3	126,9	87,0	19,7
1972	54 959	2 829	155,5	124,9	80,3	25,7
1973	52 287	2 784	145,6	103,6	71,2	38,0

1) einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge

Die Investitionsintensität ist trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl auf 2 784 DM je Beschäftigten gesunken, was einem Rückgang von 1,6% entspricht. Schon in den vorhergehenden Jahren lassen die sinkenden Zuwachsraten der Investitionsintensität (1970: + 7,4%, 1971: + 6,8%, 1972: + 3,4%) eine weniger stark steigende Investitionsneigung erkennen. Das wird besonders deutlich, wenn man die außerordentlich hohe Steigerung der Investitionsintensität von 1968

auf 1969 mit über 47% zum Vergleich heranzieht.

12 Mill. DM weniger Investitionen im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe ist die Investitionstätigkeit bereits im Jahre 1973 - also noch bevor der Schrumpfungsprozeß sich in Konkursen deutlich manifestierte - erheblich schwächer geworden, und zwar um wertmäßig mehr als 8%, was unter Berücksichtigung des Preisauftriebs für Investitionsgüter von 4% bis 5% einen mengenmäßigen Investitionsausfall von 12% bis 13% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Demzufolge ging die Investitionsintensität, die von 1970 auf 1971 noch leicht auf 2 970 DM je Beschäftigten zugenommen hatte, auf 2 874 DM oder um gut 3% zurück. Der Bruttoproduktionswert, bestehend aus dem Wert der Jahresbauleistung einschließlich selbsterstellter Anlagen und dem sonstigen (d. h. nicht-baugewerblichen) Umsatz erhöhte sich um etwa 5% (nominal). Nach Abzug der preisbedingten Zunahme dürfte die reale Jahresbauleistung niedriger als 1972 anzusetzen sein. Das führte auch zu einer rückläufigen Investitionsquote von 4,8% (Investitionen im Verhältnis zum Bruttoproduktionswert); im Vorjahr hatte sie noch 5,5% betragen (1971 = 6,1% und 1970 = 7,2%). Der Tiefbau kam in allen Jahren seit 1970 auf überdurchschnittlich hohe Investitionsquoten, und zwar 9,7% für 1970 und 5,5% für 1973.

Unter den gesamten Zugängen auf Anlagekonten sind Maschinen zwar noch immer vorherrschend, ihr Anteil ist jedoch von 88,7% im Jahre 1970 auf nunmehr knapp 74% zurückgegangen. 1972 waren es noch 82% gewesen. Aus dem Verkauf von Anlagegütern wurden rund 11 Mill. DM Erlöst (1972 = 15,6 Mill. DM). Die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter haben sich von 14,5 Mill. DM (1972) auf fast 18 Mill. DM erhöht.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung hat bei den sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau tätigen kombinierten Unternehmen nicht nur der absolute Investitionsbetrag, sondern auch die Investitionsintensität zugenommen, auch der Beschäftigtenbestand ist gegenüber dem Vorjahr vermehrt worden, während in den reinen Hochbaufirmen diese Indikatoren rückläufige Werte aufweisen. Das läßt den Schluß zu, daß hier Strukturänderungen vor sich gehen: reine Hochbaufirmen suchten, etwa durch Hinzunahme von Tiefbauabteilungen, ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt zu verlagern, um sich der geänderten Nachfragesituation im Hochbau besser anzupassen. Im Tiefbau blieb die Investitionsintensität mit rund 3 590 DM je Beschäftigten unverändert

Investitionen im Bauhauptgewerbe 1973

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Unternehmen	Beschäftigte	Investitionen			
			1973		dagegen 1972	
			Ende September 1973		Mill. DM	DM je Beschäftigten
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	56	8 183	31,3	3 824	27,0	3 490
Hochbau	408	20 758	44,7	2 125	57,3	2 482
Tiefbau	87	6 270	22,5	3 589	22,7	3 590
Straßenbau	91	8 884	29,4	3 305	32,6	3 380
Spezialbau ¹	16	832	1,2	1 463	2,4	3 306
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	5	137	0,1	803	0,2	1 500
Zimmerei	24	904	2,9	3 175	2,6	2 962
Dachdeckerei	20	657	2,0	2 985	1,4	1 972
Bauhauptgewerbe insgesamt	707	46 625	134,0	2 874	146,2	2 970

1) enthält u. a. Schornsteinbau, Isolierbau, Brunnenbau

merklich über dem Durchschnitt. Die Investitionstätigkeit in der Zimmerei und besonders in der Dachdeckerei war lebhafter als im Vorjahr.

Ausbaugewerbe investierte 1973 mehr als im Vorjahr

Die nachstehenden Ergebnisse beziehen sich nur auf die größeren Unternehmen (20 und mehr Beschäftigte) des Ausbaugewerbes. Mangels aktueller Daten läßt sich die "Unvollständigkeit" nur aus den inzwischen zum Teil überholten Daten der Arbeitsstättenzählung 1970 annähernd quantifizieren. Damals wurden 155 größere Unternehmen mit zusammen 5 862 Beschäftigten ermittelt, was etwa 26% des gesamten Beschäftigtenpotentials und gut 4% der Unternehmen entsprach. Unterstellt man, daß das Investitionsverhalten der nicht erfaßten kleineren Ausbauunternehmen dem der größeren ähnlich ist, dann ist hier nur ein Viertel bis zu höchstens einem Drittel des gesamten Investitionsaufwandes dargestellt.

Die einzelnen Relationen und Quoten dürften wenigstens in den Größenordnungen auch für die Gesamtheit zutreffen.

Für die größeren ausbaugewerblichen Unternehmen ergab sich - im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe - von 1972 auf 1973 ein kräftiger (nominaler) Zuwachs der Investitionen um 2,3 Mill. DM (+ 24,4%) auf 11,6 Mill. DM. Das entspricht einer realen Ausweitung des Investitionsvolumens um etwa ein Fünftel. Auch hier haben die Aufwendungen für die Anschaffung von Maschinen und Geräten den Vorjahresbetrag nicht erreicht (- 10%). Verstärkt wurden dagegen die Investitionen in bebaute Grundstücke und Gebäude, die mit 7 Mill. DM um mehr als 60% über dem vorjährigen Wert lagen. Damit verminderte sich der Anteil der Investitionsart "Maschinen" an den gesamten Investitionen auf knapp 40%; in den Vorjahren hatte dieser Anteil immer 50% überschritten. Aus dem Verkauf von Anlagegütern wurden nur 450 000 DM gegenüber 4,5 Mill. DM im Vorjahr Erlöst. Mit 6,6 Mill. DM wurde mehr als die Hälfte des Investitionsaufwandes von den Unternehmen der Elektroinstallation erbracht. In diesem Gewerbebereich

Investitionen im Ausbaugewerbe 1973

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	Unternehmen	Beschäftigte	Investitionen			
			1973		dagegen 1972	
			Ende September 1973		Mill. DM	DM je Beschäftigten
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	29	1 110	1,2	1 060	1,3	1 127
Elektroinstallation	58	2 280	6,6	2 885	4,5	1 895
Glaser und Maler, Tapetenkleberei	37	1 474	2,6	1 760	2,3	1 556
Fußbodenleger, Ofen- und Herdsetzerei ¹	15	798	1,2	1 528	1,3	1 631
Ausbaugewerbe	139	5 662	11,6	2 043	9,3	1 622

1) einschließlich Fliesen- und Plattenlegerei

hat auch die Investitionsintensität um rund 1 000 DM auf 2 885 DM je Beschäftigten beträchtlich zugenommen. Sie ist nach wie vor bei den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren am niedrigsten. Investitionsquoten sind mangels brauchbarer Bezugsgrößen

(z. B. Jahresbauleistung, Umsatz) nicht zu errechnen.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht F 1 2. Vergleiche auch: "Investitionen in der Industrie und im Baugewerbe 1972" in dieser Zeitschrift 1974, S. 78 (April)

Die Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76

Ein Überblick über das Konzept und den Stand der Vorbereitungen

Gebäude- und Wohnungszählungen sind keineswegs Erfindungen der Nachkriegszeit. Als entscheidende Voraussetzung für eine langfristig planende Städtebau- und Wohnungspolitik sind sie vielmehr so alt wie diese selbst. Die ersten Zählungen dieser Art sind bereits vor mehr als hundert Jahren angeordnet worden. Sie sind letztlich notwendig geworden, weil die durch die Industrialisierung einsetzende Landflucht Engpässe in der Wohnraumversorgung der Städte verursacht hat. Die erste Wohnungszählung im deutschen Raum war im Jahre 1854 in Frankfurt am Main¹. In Schleswig-Holstein, damals noch preußische Provinz, wurde eine umfassende Gebäudestatistik im Jahre 1878 durchgeführt². Seitdem fanden hier in mehrjährigen Abständen einmalige Bestandserhebungen für Gebäude und Wohnungen statt, zuletzt 1939, 1950, 1956, 1961 und 1968.

Mit den sich wandelnden Aufgaben der Wohnungspolitik haben sich selbstverständlich auch die Anforderungen an Erhebungsmethoden und -merkmale der Zählungen geändert. Während früher Gebäude- und Wohnungszählungen neben einer einfachen Bestandsaufnahme der Bausubstanz nur Grunddaten über die Wohnverhältnisse lieferten, ist heute der Merkmalskatalog ungleich umfangreicher und differenzierter geworden. Wie umfangreich und differenziert die Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76 sein soll, werden die folgenden Ausführungen zeigen.

Warum eine Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76?

Bevor diese Frage beantwortet wird, ist zuerst einmal zu fragen, welchen Sinn überhaupt derartige Totalzählungen haben.

Die Beschaffung brauchbarer wohnungstatistischer Daten ist möglich

- a) durch eine Repräsentativerhebung (Stichprobe)
- b) mit Hilfe der Fortschreibung
- c) durch eine Totalerhebung.

Alle drei Verfahren werden zur Zeit nebeneinander angewandt. Sie können sich aber nur gegenseitig ergänzen, nicht ersetzen.

Die Repräsentativerhebung (zum Beispiel 1%-Wohnungstichprobe 1972) vermag zwar in relativ kurzer Zeit und mit relativ geringem Kostenaufwand tief gegliedertes Datenmaterial zu beschaffen; es ist aber nicht möglich, diese Daten zu regionalisieren, also für räumliche Einheiten unterhalb der Landesebene anwendungsfähig zu machen.

Um wohnungstatistische Merkmale fortzuschreiben zu können, ist die Einrichtung eines Meldesystems erforderlich. Ausgehend von einem einmal ermittelten Wohnungsbestand (durch eine Totalzählung) werden beispielsweise alle neu erstellten Wohnungseinheiten und Abrisse dem Statistischen Landesamt gemeldet und dort registriert. Auf diese Weise kann man in relativ kurzen Zeitabständen den jeweils aktuellen Wohnungsbestand erfahren - nicht nur für das Land, sondern auch für Kreise und Gemeinden. Verglichen mit den Kosten einer Totalzählung ist dieses Verfahren zudem relativ billig, wenn nur wenige Merkmale fortgeschrieben werden und eine regionale Gliederung z. B. nach Gemeindeteilen vermieden wird. Damit sind zwei Nachteile dieses Verfahrens schon genannt: der zu enge Merkmalskatalog und die unzureichende räumliche Gliederungsmöglichkeit. Der dritte Nachteil ist die hohe Fehleranfälligkeit aufgrund der Unzulänglichkeiten des Meldesystems. Worin diese Unzulänglichkeiten im einzelnen bestehen, kann hier nicht ausgeführt werden. Sie führen aber - wie bei jedem anderen Fortschreibungssystem - dazu, daß der Fehler umso größer ist, je weiter Fortschreibungsjahr und Basisjahr voneinander entfernt sind.

1) Vergleiche: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, herausgegeben von Friedrich Burgdörfer, Band II, hier: Kapitel Wohnungszählung, von Dr. Leonard Achner, S. 1205, Berlin 1940

2) Vergleiche Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1967, S. 143

Totalzählungen wie die Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76 erfüllen eine Reihe von Aufgaben, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden können: Nur diese Methode erlaubt die Beschaffung der Daten, die für kleinräumliche Planungen (z. B. Stadtsanierung, Verkehrsplanung) gebraucht werden; für derartige Zwecke benötigt man Ergebnisse für Ortsteile, für Straßen, ja sogar bisweilen für einzelne Gebäude. Es liegt auf der Hand, daß in die Erhebungspapiere relativ viele Fragen aufgenommen werden können, die allerdings nicht so kompliziert sein dürfen, daß die Haushalte ihre Fragebogen nicht mehr selbst ausfüllen können. Ohne diese, etwa alle zehn Jahre wiederkehrenden Bestandserhebungen wäre es zudem nicht möglich, eine Fortschreibung des Erhebungsbestandes aufrechtzuerhalten, da von Zeit zu Zeit der Fortschreibungsfehler korrigiert werden muß. Zur Durchführung verlässlicher Wohnungsstichproben braucht man ferner den Gesamtbestand als Basis für eine Hochrechnung der Stichprobenergebnisse.

Die mit einer derartig umfangreichen Erhebung verbundenen Erfassungs- und Aufbereitungsprobleme sind nur durch eine erhebliche Aufstockung des Personal- und Finanzmitteleinsatzes und nur durch die Anwendung modernster technischer Verfahren zu lösen. Dennoch werden die ersten Ergebnisse erst etwa 18 Monate nach dem Zählungstichtag auf dem Tisch liegen.

Großzählungen wie Gebäude- und Wohnungszählungen und Volks- und Berufszählungen finden etwa in zehnjährigen Abständen statt. Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung fand 1968, die letzte Volkszählung 1970 statt. Die nächste Gebäude- und Wohnungszählung müßte demnach etwa 1978 stattfinden. Bereits im Jahre 1970 hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) in einer EntschlieÙung³ gefordert, Volkszählungen und Wohnungszählungen zeitlich so aufeinander abzustimmen, daß in regelmäßigen Abständen neue regionalstatistische Informationen zur Verfügung stehen. Es wurde daher vorgeschlagen, daß zwischen den am Anfang eines Jahrzehnts stattfindenden Volkszählungen in deren zeitlicher Mitte Wohnungszählungen angeordnet werden sollen. Im Rahmen der Wohnungszählungen sollen auch Angaben über die Bevölkerung, die Pendler und Arbeitsstätten erfaßt werden, so daß dann alle fünf Jahre die wichtigsten regionalstatistischen Daten aufbereitet werden könnten.

Dieser Vorschlag der Ministerkonferenz für Raumordnung ist von den zuständigen Bundes-

ressorts und der Bundes-, Landes- und Städtestatistik aufgegriffen worden. Neben der Aktualisierung regionalstatistischer Informationen soll die Zählung vor allem die Informationen liefern, die erforderlich sind, um die zentralen Lebensbereiche "Wohnen" und "Arbeiten" darzustellen. Das bedeutet aber eine Erweiterung des bisher bei Gebäude- und Wohnungszählungen üblichen Erhebungsprogrammes: Eine Erhebung der bebauten Grundstücke, schon seit langem von Planern gefordert, soll Angaben über deren Nutzungen durch "Arbeiten" und "Wohnen" liefern, eine Arbeitsstättenzählung den Bereich "Arbeiten" beschreiben und ein bevölkerungsstatistischer Teil die demografischen und sozialen Merkmale der Bevölkerung festhalten. Nur eine verbundene Erhebung, Aufbereitung und Auswertung kann die angesprochenen Zusammenhänge umfassend darstellen.

Arbeitsablauf und Stand der Vorbereitungen

Ausgehend von dem schon erwähnten Anstoß durch die Ministerkonferenz für Raumordnung im April 1970 ist das Thema Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76 von verschiedenen Gremien unter besonderer Mitwirkung des Deutschen Städtetages und des federführenden Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vertiefend behandelt worden. Aufbauend auf dem Ergebnis dieser Besprechungen wurden die Anforderungen der Bundesressorts an die Zählung formuliert. Der somit geschaffene Merkmalskatalog sowie das Auswertungskonzept, die in einem späteren Stadium mit den Länderressorts abgestimmt wurden, sind der amtlichen Bundes- und Länderstatistik zur weiteren Bearbeitung vorgegeben worden. Es würde den Rahmen dieses Berichts sprengen, wollte man die zahlreichen Bearbeitungswege und -stufen beschreiben, die zwischen dem Auftrag und dem Produkt (Tabellenausdruck) liegen. Es können hier deshalb nur die wichtigsten Stationen genannt werden:

I. Übergreifende Planungs- und Koordinationsaufgaben

- a) Abstimmung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms auf die bei der Landes- und Bundesstatistik für die Zählung verfügbaren Arbeitskapazitäten, Kalkulation zusätzlicher Mittel
- b) Aufstellen eines Netzplanes
- c) Verhandlungen mit den auftraggebenden Ressorts
- d) Festlegung des endgültigen Arbeitsablaufplans
- e) Terminüberwachung und Steuerung des Arbeitsablaufs bei unvorhersehbaren Schwierigkeiten

II. Vorbereitung der Zählung

- 1) Entwurf der Erhebungspapiere

³) MKRO, EntschlieÙung zur Verbesserung der regionalstatistischen Informationen veröffentlicht im GMBI. 1970, S. 294

- 2) Planung des Erhebungsverfahrens
 - a) Organisation und Ordnungssystem
 - b) Probeerhebungen
- 3) Vorausgehende Vorbereitungsarbeiten
 - a) Entwurf des Tabellenprogramms und der Plausibilitätskontrollen
 - b) Spezifizierung der Tabellen und Plausibilitätskontrollen
 - c) Programmierung

III. Durchführung der Zählung

- 1) Grundstücks- und Gebäudevorerhebung, Einrichtung der Zählungsdienststellen
- 2) Aufbau der Zählerorganisation
- 3) Das Zählen im engeren Sinne
- 4) Kontrolle der Erhebungspapiere in den Zählungsdienststellen, Versand an das Statistische Landesamt
- 5) Prüfung und Signierung der Erhebungspapiere
- 6) Maschinelle Bearbeitung einschließlich manueller Kontrollen
- 7) Tabellierung
- 8) Veröffentlichung, Auswertung und Archivierung

Die Durchführung der hier aufgeführten Arbeitsschritte geschieht in fast allen Fällen in enger Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern, und in vielen Fällen unter Mitwirkung der Gemeinden, Ämter und Kreise.

Neben den unter Punkt I aufgeführten Planungs- und Koordinationsaufgaben, die zum Teil schon erledigt, zum Teil aber parallel zu den übrigen Bearbeitungsphasen ablaufen, sind von den unter II genannten Aufgaben die Punkte 1 und 2 a abgewickelt, während der Punkt 2 b mit der Auswertung der Ende November stattfindenden zweiten Probezählung ebenfalls abgeschlossen sein wird. Bei den in II 3 enthaltenen Arbeiten sind ebenfalls schon wesentliche Teile abgeschlossen.

Die oben aufgeführten Arbeitsgebiete werden selbstverständlich nicht streng nacheinander behandelt. Aus den unterschiedlichen Aufgaben von Bundesamt und Landesämtern ergibt sich vielmehr in diesen Behörden auch ein für die einzelnen Arbeitsgebiete unterschiedlicher Arbeitsaufwand. Daher sind die zur Zeit in Schleswig-Holstein in Angriff genommenen Arbeiten - Vorbereitung der zweiten Probezählung, kleinräumliche Gliederung für Gemeinden und Blockgliederung für Städte (vgl. dazu den Abschnitt "Kleinräumliche Gliederung") - zum Teil nicht mit denen im Statistischen Bundesamt identisch.

Bei allen mit der Zählung 1975/76 zusammenhängenden Aufgaben geht man allerdings davon aus, daß rechtzeitig eine dem Erhebungsprogramm entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen wird. Wann dieses Zählungsgesetz aber kommen wird und ob es alle

Anforderungen der Fachressorts abdecken wird, ist zur Zeit noch offen. Diese bei der parlamentarischen Behandlung eingetretenen Verzögerungen sind wesentlich durch unterschiedliche Finanzierungsvorstellungen bei Bund und Ländern verursacht.

Da die Vorbereitung einer so teuren Zählung umfassend und sorgfältig sein muß, ist es nicht möglich, sie erst nach Vorliegen des Gesetzes zu beginnen. Es ist vielmehr notwendig, die Vorbereitung auf den frühesten unter den potentiellen Zählungsterminen abzustellen; das war in diesem Falle ein Termin im Herbst 1975. Um diesen Termin halten zu können, müßte das Gesetz spätestens im Februar 1975 in Kraft sein; denn erst danach kann der Auftrag für den Druck der Erhebungspapiere erteilt werden, die vorliegen müssen, um mit der etwa sechs Monate vor dem Zählungstichtag stattfindenden Grundstücks- und Gebäudevorerhebung rechtzeitig beginnen zu können. Inzwischen sind diese Terminvorstellungen nicht mehr realistisch. Wegen der schwierigen finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte wird es vermutlich zu einer Verschiebung der Zählung auf das Jahr 1976 kommen. Eine Reduzierung des Erhebungsprogrammes aus demselben Grunde ist nicht ausgeschlossen.

Das Erhebungsprogramm

Zu dem Kernstück, der Gebäude- und Wohnungszählung im engeren Sinne, kommt eine Erhebung der bebauten Grundstücke, ferner eine Ermittlung der Bevölkerungszahl und einiger wichtiger demografischer Merkmale und eine Arbeitsstättenzählung. Man könnte auch sagen, daß die Zählung 1975/76 aus drei Teilen besteht: einem baustatistischen Teil, zu dem die Grundstücks- und Gebäude- sowie Wohnungserhebung gehört, einem bevölkerungsstatistischen Teil und einem arbeitsstättenstatistischen Teil.

Die Fragen zu diesen drei statistischen Gebieten sind in insgesamt sechs Fragebogen enthalten. Der baustatistische Teil wird durch einen maschinenlesbaren⁴ Grundstücksbogen, durch einen doppelten Gebäudebogen, von dem die eine Seite maschinenlesbar ist und auf den die Angaben der anderen Seite übertragen werden, und durch einen einseitigen, ebenfalls maschinenlesbaren Wohnungsbogen erfaßt.

4) Hier wie im folgenden erscheinen Begriffe wie maschinenlesbar, Lesebeleg u. ä. Sie bezeichnen Formulare, deren Beschriftung (gedruckte oder handgeschriebene Buchstaben und Zahlen) von elektronischen Lesemaschinen wie von einem menschlichen Auge erkannt wird. So kann der informative Inhalt ohne den Umweg über Lochkarte oder Lochstreifen unmittelbar dem Computer zur Verarbeitung zugeführt bzw. direkt auf elektronische Datenträger (z. B. Magnetband) übertragen werden.

Die bevölkerungsstatistischen Fragen sind in zwei Lesebelegen enthalten, dem Haushaltsbogen und dem Personenbogen, während für die Angaben zur Arbeitsstättenzählung ein ablochfähiges Erhebungspapier vorgesehen ist, das fast dem von 1970 entspricht. Neben diesen Erhebungspapieren gibt es noch ergänzende Fragebogen, die in Sonderfällen angewendet werden, zum Beispiel bei größeren Haushalten.

Aus erhebungstechnischen Gründen sind Fragebogen zusammengefaßt: Einerseits der Grundstücksbogen und der zweiseitige Gebäudebogen, andererseits der Haushalts-, Personen- und Wohnungsbogen. Diese beiden dreiteiligen Erhebungspapiere werden nach der Einsendung in das Statistische Landesamt getrennt, da sie nur einzeln maschinell weiterbearbeitet werden können.

In der folgenden Aufzählung sind nur die wichtigsten Merkmale des Erhebungsprogramms genannt:

Der Grundstücksbogen enthält neben der Grundstücksanschrift Fragen nach der

- Größe des Grundstücks
- Größe der überbauten Fläche aller auf diesem Grundstück stehenden Gebäude und anderen Bauwerken
- Zahl der Kfz.-Stellplätze
- Abwässerbeseitigung

Hinter der Erfassung der "anderen" Bauwerke verbirgt sich eine gegenüber der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 entscheidende Erweiterung, nämlich die Erfassung aller Gebäude. 1968 wurden dagegen nur Wohngebäude und sonstige Gebäude mit Wohnungen erfaßt.

Der Gebäudebogen enthält neben den bei früheren Zählungen üblichen Fragen (wie Art des Gebäudes, Baualter, öffentliche Förderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, Eigentumswohnungen) solche über die

- Größe der überbauten Fläche
- eventuelle Einrichtungen wie Anstalten, Heime usw.
- soziale Stellung des Eigentümers
- Beheizung des Gebäudes
- Instandsetzungen und Modernisierungen in den letzten zehn Jahren
- Nutzung des Gebäudes für Nichtwohnzwecke

Der Wohnungsbogen enthält neben den schon 1968 gestellten Fragen (wie Größe und Ausstattung der Wohnung, Miete und Beheizung) als neue Frage nur die nach der Motorisierung des Haushalts. Gegenüber 1968 müssen allerdings einige Fragen ausführlicher beantwortet

werden. Andererseits sind aber die Fragen nach den sozialen Merkmalen des Haushaltsvorstandes weggefallen. Diese werden ja, erweitert auf die Mitglieder des Haushalts, im Haushalts- und Personenbogen gestellt.

Der Haushalts- und Personenbogen entspricht einem verkürzten Fragebogen der Totalerhebung der Volkszählung 1970. Gegenüber 1970 sind mehrere Fragen ganz weggefallen und viele Fragen erheblich reduziert worden. Nur die wichtigsten sozialen und demografischen Merkmale sind in die neue Zählung übernommen worden, zu denen auch die Pendlereigenschaften gehören, die gemäß den Entschlüssen der Ministerkonferenz für Raumordnung eine hohe Priorität genießen. Neu im bevölkerungsstatistischen Erhebungsprogramm ist lediglich die Frage nach der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens des gesamten Haushalts.

Auch der Arbeitsstättenbogen enthält im wesentlichen traditionelle Angaben. Gegenüber 1970 sind die Nutzfläche der Arbeitsstätte in Gebäuden, tätige Personen mit verwaltender Tätigkeit und mobile, d. h. nicht am Betriebsstandort tätige Arbeitskräfte als neue Positionen in den Bogen aufgenommen worden.

Das Erhebungsprogramm macht deutlich, daß im Mittelpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76 die Bestandsaufnahme der Bausubstanz steht. Einen Eckpfeiler dieser Bestandsaufnahme bilden Angaben über die Art und das Maß der baulichen Nutzung gemäß der Baunutzungsverordnung und dem Bundesbaugesetz⁵.

Um das Maß der baulichen Nutzung von Grundstücken errechnen zu können, ist es erforderlich, grundstücksweise

- die überbauten Flächen
- die Geschoßflächen und die
- Anzahl der Vollgeschosse

zu ermitteln.

Die Art der baulichen Nutzung ergibt sich aus den Angaben über

- die Art des Gebäudes (Wohngebäude, sonstiges Gebäude usw.)
- die Nutzung des Gebäudes für Nichtwohnzwecke (Unterscheidung nach 10 Nutzungskategorien)
- die Nutzung sog. anderer Bauwerke (z. B. Gewächshäuser) und
- die Kfz.-Stellplätze und Garagen.

Um Art und Maß der baulichen Nutzung kleinräumlich darstellen zu können, ist es also

⁵) Vergleiche D. Schmidt, Das Konzept der Zählung 1975, in: Hamburg in Zahlen, 1973, Heft 10, S. 353

erforderlich, grundstückswise die Bausubstanz vollständig festzustellen. Es wäre sicherlich wünschenswert, auch die unbebauten Grundstücke zu erfassen. Eine derartige Ausweitung der Zählung würde aber so große Schwierigkeiten mit sich bringen, daß der Erfolg der Gesamtzählung in Frage gestellt würde.

Neben dem Schwerpunkt der Zählung, der baulichen Bestandsaufnahme, bilden die übrigen Bereiche die Ergänzungen, die notwendig sind, um ein Gesamtbild des Wohnens und Arbeitens zu zeichnen - wie es von der Zählung gefordert wird. Es versteht sich, daß darüber hinaus noch viele andere Ziele verfolgt werden, damit der teure Erhebungsapparat voll ausgenutzt werden kann.

So hat die Arbeitsstättenzählung durchaus auch einen eigenen, von den anderen Zählungsteilen losgelösten Zweck, der wie 1970 darin besteht, einen Gesamtüberblick über Größe, Zahl und Struktur der Betriebe und Unternehmen in tieferer sachlicher und regionaler Gliederung zu liefern. Entsprechendes gilt für den bevölkerungsstatistischen Teil der Zählung 1975/76. Er soll neben der bereits erwähnten Aktualisierung regionalstatistischer Informationen vor allem auch ein neues Fundament für die Bevölkerungsfortschreibung schaffen. Es gibt in Schleswig-Holstein genug Anhaltspunkte, die auf steil steigende Fortschreibungsfehler in zahlreichen Gemeinden hinweisen. Hieraus folgt die dringende Notwendigkeit neuer Einwohnerzahlen.

Das Tabellenprogramm

Es ist nicht nur Wunsch der Konsumenten, sondern selbstverständlich auch der Statistischen Ämter, zu möglichst frühen Ergebnissen zu kommen. Das umfassende Erhebungsprogramm und die vielen, meist zeitaufwendigen Bearbeitungsphasen setzen solchen Bemühungen allerdings enge Grenzen.

Beiden Erfordernissen Rechnung tragend hat man sich auf einen Terminplan für die Ergebnisdarstellung geeinigt, der erste Ergebnisse bereits nach 18 Monaten, vom Zählungstichtag an gerechnet, vorsieht. Das ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber der Volks- und Berufszählung 1970, bei der zwar auch nach etwa 18 Monaten die ersten Ergebnisse auf dem Tisch lagen, die aber einen geringeren Erhebungsumfang als die Zählung 1975/76 hatte.

Die Ergebnisse sollen in drei Phasen entstehen. In der ersten Phase sollen nach der Bildung je eines Gemeindegemeinschafts für den gebäude- und wohnungsstatistischen Teil sowie den bevölkerungsstatistischen Teil die

Gemeindeergebnisse erstellt werden. Diese Ergebnisse werden nach 18 Monaten als Vorwegprogramm für Bundesressorts dem Statistischen Bundesamt in Form von Magnetbändern und in gekürzter Fassung den Gemeinden als Schnelltabellen zur Verfügung gestellt. Erst danach werden sie in den Statistischen Landesämtern für eigene Auswertungen ungekürzt ausgedruckt, zu Kreis- und Landeszahlen konzentriert und für die Erstellung eines Mindestveröffentlichungsprogramms verwendet.

In einer zweiten Phase sollen, etwa 24 Monate nach dem Zählungstichtag, Summensätze für ein sogenanntes Standardprogramm gebildet werden. Es handelt sich dabei um sachlich tiefer gegliederte Kreis- und Landesergebnisse, die aber nach den Erfahrungen früherer Zählungen die Wünsche eines breiten Konsumentenkreises abdecken. Auch hier wird für den gebäude- und wohnungsstatistischen und für den bevölkerungsstatistischen Teil getrennt aufbereitet. Das Standardprogramm des bevölkerungsstatistischen Teils ist das an den Fragenkatalog der Zählung 1975/76 angepaßte, d. h. reduzierte Kreistabellenprogramm der Volkszählung 1970. Da auch für die erste Phase auf bewährte VZ-Programme zurückgegriffen werden soll, ist damit erreicht, daß für die Ergebnisdarstellung des bevölkerungsstatistischen Teils wesentliche Teile schon 1970 verwendeter Programme eingesetzt werden können. Das gilt auch für die Aufbereitung der Pendlerstrom- und -bilanztabellen, die ebenfalls in die zweite Phase fällt.

Schließlich ist eine dritte Phase vorgesehen, in der die Grundstücksdaten in Kombination mit Gebäude-, Wohnungs- und Haushaltsdaten aufbereitet werden sollen. Die Abkoppelung der Grundstücksaufbereitung ist aus zwei Gründen sinnvoll:

1. Die Ergebnisse der Grundstückserhebung haben eine geringere zeitliche Priorität als die übrigen Zählungsteile
2. Gerade bei diesem Erhebungspapier rechnet man wegen umfangreicher Kontrollarbeiten in einzelnen Kommunen (und evtl. in Katasterämtern) mit so stark verzögerten Beleglieferungen an die Statistischen Landesämter, daß dadurch der 18-Monate-Termin für die ersten Ergebnisse gefährdet werden könnte.

Um die mit allen Großzählungen verbundenen Gesamtarbeitsbelastungen zu umgehen, soll von dem bei der Volkszählung 1970 und der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 praktizierten Verfahren der Vorratstabellierung (Ergänzungsprogramm) abgewichen werden. Statt dessen wird eine flexible Auswertung vorgeschlagen. Diese ad hoc-Aufbereitungen werden vor allem vom Bundesamt bei aktuellen Fragestellungen und unabweisbaren Bedürf-

nissen einzelner Konsumenten durchgeführt. Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß einmal genügend Kapazität - besonders Programmierreserve - und zum anderen geeignete Ausgangsdaten zur Verfügung stehen. Dieses Ausgangsmaterial soll in Form einer per Programm ausgewählten 10%-Stichprobe bereitstehen, die in der ersten Phase laufen soll.

Da bei der Arbeitsstättenzählung nur relativ wenige Belege anfallen, die Bearbeitungszeit also geringer als bei den anderen Zählungsteilen ist, wird sie, um möglichst frühe Ergebnisse zu bekommen, gesondert aufbereitet.

Wegen der schon erwähnten Unsicherheit des Zählungsgesetzes ist das Tabellenprogramm noch nicht endgültig verabschiedet worden. Es ist unter anderem noch offen, wann und wie kleinräumliche Ergebnisse bereitstehen werden, die wegen ihrer steigenden Bedeutung besondere Berücksichtigung finden müssen. Da für die kleinräumliche Gliederung zwei verschiedene Verfahren angewendet werden sollen - Blockgliederung und Gemeindeteilgliederung (vgl. weiter unten) - werden vermutlich auch zwei verschiedene Programme angewendet. Ergebnisse für Gemeindeteile könnten mit dem Programm ausgedruckt werden, das für Gemeindeergebnisse vorgesehen ist (reduzierte Version). Blockergebnisse werden vermutlich wie 1970 mit Hilfe eines Sonderprogramms erstellt werden.

Ordnungssystem und Organisation

Das Ordnungssystem der Zählung 1975/76 wurde aufgrund der Erfahrungen bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der Volks- und Berufszählung 1970 (erstmaliger Einsatz eines Lesegerätes) konzipiert. Es hat die Aufgabe, "Daten über die Nutzung der Grundstücks- und Gebäudeflächen ... so zu erfassen, daß sich ein eindeutiger Bezug zwischen Angaben über Gebäude und Grundstücke einerseits und über Wohnungen, Haushalte, Personen und Arbeitsstätten andererseits herstellen läßt"⁶.

Diese Aufgabe löst die Zählerliste, die die einzelnen Erhebungspapiere miteinander verknüpft und auf den kleinsten räumlichen Baustein der Zählung, das Grundstück, bezieht. Der technische Vorgang ist einfach: In aufsteigender Folge der Hausnummern werden die vorgedruckten Nummern der jeweiligen

Grundstücks- und Gebäudebogen in die Zählerliste eingetragen; dazu zeilengerecht die laufende Nummer des Gebäudes (um mehrere Gebäude auf einem Grundstück identifizieren zu können), die laufende Nummer der Wohnung(en) und Arbeitsstätte(n) im Gebäude, die vorgedruckte(n) Haushalts- und Wohnungsbogennummer(n) und die vorgedruckte(n) Nummer(n) des Arbeitsstättenbogens. Da diese Angaben abgelocht werden, ist die maschinelle Zusammenführung der verschiedenen Zählungsteile gewährleistet. Neben der Bildung von Einzelsätzen (grundstücksweise) erlaubt die Verbindung der verschiedenen Erhebungsteile in der Zählerliste zugleich eine Vollständigkeitskontrolle; denn jede Paginiernummer eines Erhebungspapieres ist sowohl in der Zählerliste enthalten und mit ihr abgelocht worden als auch beim Lesen des Einzelerhebungsbogens auf Magnetband gespeichert worden (mit Ausnahme des Arbeitsstättenbogens, der abgelocht werden wird). Damit ist die Voraussetzung gegeben, um unpaarige Fälle - Erhebungspapiere ohne zuzuordnende Zählerlistennummer oder Zählerlistennummern ohne Erhebungspapiere - zu bereinigen⁷.

Die Zählerliste erfüllt aber noch eine weitere Funktion. Als einziges Papier enthält sie die Regionalangaben und schafft damit erst die Voraussetzung, die Einzelsätze durch Zuführung dieser Ordnungsangaben räumlich zu identifizieren. Diese räumliche Identifikation wird über folgende, in den Kopf der Zählerliste einzutragende Ordnungsmerkmale gesichert:

- die achtstellige Gemeindeschlüsselnummer
 - eine dreistellige Zusatznummer für Gemeindeteile oder Stadtbezirke
 - eine vierstellige Nummer für Baublöcke oder Blockseiten
 - einen fünfstelligen Straßenschlüssel
- und die
- vorgedruckte Zählerlistennummer, aus der zusammen mit der Beschreibung des Zählbereiches (Straße mit entsprechenden Hausnummern) hervorgeht, welches Gebiet des Blocks oder des Gemeindeteils diese Zählerliste abdeckt.

Um die Einzelergebnisse einfacher und schneller maschinell weiterverarbeiten zu können, werden üblicherweise Zwischensummen gebildet. Diese Zählerlistensummensätze spielen in vielen Bearbeitungsphasen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus erlauben sie, auf relativ einfache Weise Ergebnisse in kleinräumlicher Gliederung zu erstellen. Um z. B. Blockergebnisse zu erhalten, wären

6) Vergleiche auch im folgenden: Empfehlungen zur Erfassung städtebaulicher Merkmale im Rahmen einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975, Arbeitsgruppe "Vorbereitung des städtebaulichen Sonderteils der Wohnungszählung 1975" beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn-Bad Godesberg, im April 1973 (Manuskript)

7) Zur Erleichterung der Vollständigkeitskontrollen dienen noch weitere im Kopf der Zählerliste stehende Angaben über die Zahl der zur jeweiligen Zählerliste gehörenden Erhebungspapiere der einzelnen Zählungsteile

Die Nummer des entsprechenden Gemeindeteils wird zusammen mit den übrigen Ordnungsangaben von der Zählungsdienststelle in die Zählerliste eingetragen und später abgelocht. Wenn dafür gesorgt worden ist, daß jede Zählerliste eindeutig einem Gemeindeteil zuzuordnen ist und nicht etwa die in ihr erfaßten Grundstücke zu verschiedenen Gemeindeteilen gehören, ist es später ohne größeren maschinellen Aufwand möglich, rasch Ergebnisse für Gemeindeteile zu erstellen. Eine nach den Richtlinien des Statistischen Landesamtes durchgeführte Gliederung des Gemeindegebietes hat langfristigen Bestand, da das darin empfohlene Ordnungssystem die Möglichkeiten des dreistelligen Zusatzschlüssels so ausnutzt, daß künftigen Veränderungen in der Gemeinde in vollem Umfang Rechnung getragen werden kann. Solche Veränderungen würden nur in größeren Abständen, etwa anlässlich der nächsten Volkszählung im Jahre 1981, in das Gliederungssystem eingebaut werden. Nur bei einer rechtzeitigen, also vor oder während der Erhebung berücksichtigten Unterteilung des Gemeindegebiets ist es möglich, kurzfristig entsprechende Ergebnisse abzurufen.

Ein derartiges kleinräumliches Bezugssystem erlaubt es

- bei abgeschlossenen und künftigen Gebietsveränderungen Ergebnisse der Zählung 75/76 mit früheren und künftigen Zählungen zu vergleichen
- Ergebnisse für planerisch interessante Gemeindeteile nachzuweisen (z. B. Wochenendhausgebiete, Gewerbegebiete)
- Ergebnisse der Zählung 75/76 mit denen anderer Statistiken zu verknüpfen, da damit zu rechnen ist, daß künftig auch bei anderen Statistiken in erhöhtem Umfange Ortsteilergebnisse aufbereitet werden können
- Dateien für Informationen in kleinräumlicher Gliederung aufzubauen.

Es versteht sich von selbst, daß nur dort kleinräumlich gegliedert werden soll wo entsprechende Ergebnisse auch sinnvoll benutzt werden können. Eine Unterteilung von Klein- und Kleinstgemeinden ist nicht erwünscht.

Kleinräumliche Gliederung: Baublöcke

"Die dynamische Entwicklung unserer demografischen und ökonomischen Verdichtungsräume steigerte etwa seit der Mitte unseres Jahrhunderts das Bedürfnis, alle zahlenmäßig meßbaren Erscheinungen den erforderlichen Untersuchungen zugrunde zu legen, die zur Bewältigung der Wachstumsprobleme anzustellen sind. Ein wichtiges Hilfsmittel bieten dazu Strukturanalysen und Prognosen auf der Basis eines möglichst guten und dichten statistischen Datenmaterials ... Zur exakten

analytischen Arbeit genügt es heute nicht mehr, die Daten ... etwa auf Kreisebene verfügbar zu machen, sondern eine wichtige Voraussetzung liegt - insbesondere, wenn man sich dabei des Hilfsmittels der Datenbank bedienen will - in der genauen räumlichen Verortung und in einer zweckgerichteten Aggregation aller Informationen. Gerade eine geeignete räumliche Zusammenfassung ist erfahrungsgemäß von besonders herausragender Bedeutung, und zwar aus zwei Gründen:

1. Individualinformationen sind in ihrer Fülle und unregelmäßigen Verteilung kaum noch sinnvoll faßbar.
2. In der Bundesrepublik Deutschland stehen die Geheimhaltungsbestimmungen des § 12 StatGes und der melderechtliche Schutz von Individualdaten aus dem Einwohnerregister bzw. steuerrechtlichen Schutzbestimmungen bei Angaben über Grundstücke oder Betriebe einer Verwendung von Individualdaten entgegen.

Schon daraus ergibt sich die Notwendigkeit, erhobene und für ein Datensystem verortete Informationen in möglichst gleichmäßigen räumlichen Einheiten sinnvoll zusammenzufassen.^{1) 8}

Ein optimales Gliederungssystem ist allerdings noch nicht gefunden worden. Es stehen sich vielmehr zwei anerkannte Verfahren gegenüber - das Planquadratverfahren und die Blockgliederung oder Blockseitengliederung, die beide spezifische Vor- und Nachteile aufweisen. Da das Planquadratverfahren sehr aufwendig ist, kommt schon aus Kostengründen für die amtliche Statistik zur Zeit nur die Blockgliederung in Frage.

Wie schon bei der beschriebenen Gliederung des Gemeindegebietes muß auch bei der Blockgliederung rechtzeitig vor dem Zählungstichtag festgelegt sein, welche Einheiten nachgewiesen werden sollen, sofern dies nicht schon anlässlich einer früheren Zählung geschehen ist. Diese einmalige Beschreibung der zu bildenden Blöcke durch genaue abgrenzende Straße-Hausnummern-Bezeichnungen und andere Merkmale (Fluß, Eisenbahnlinie) ist zwar aufwendig, aber eine unerläßliche Voraussetzung für brauchbare Ergebnisse. Sie könnte arbeitssparend mit der allen Gemeinden noch zu empfehlenden Grundstücks- und Gebäudevorerhebung durchgeführt werden, die ohnehin Ortsbegehungen voraussetzt.

Um sicherzustellen, daß diese Blockbeschreibung auch auf die Zählerlisten umgesetzt wird, sollten diese schon vor der Zählung von den für die Blockgliederung zuständigen Stellen (meist kommunale Bauämter) ent-

8) E. Dheus, Geographische Bezugssysteme für regionale Daten, 2. Auflage, Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart 1972, S. 9

sprechend ausgefüllt werden, das heißt, die Regionalangaben bis hinunter zur Straße/Hausnummer der Zählungsdienststelle und von dieser dem Zähler vorgegeben werden. Zu diesen Regionalangaben gehört selbstverständlich auch die Numerierung der Blöcke oder Blockseiten.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist es später möglich, kurzfristig Ergebnisse für Blöcke abzurufen. Blockergebnisse können aber auch erstellt werden, ohne daß vorher eine Blockgliederung vorliegen muß, sofern gewährleistet ist, daß in die Zählerlisten höchstens die Daten einer Blockseite aufgenommen worden sind, und sofern - wie bei der Volkszählung 1970 - ein Programm geschrieben wird, mit dessen Hilfe Zählerlistensummen zu beliebig wählbaren räumlichen Einheiten (etwa zu Blöcken) kumuliert werden können. Obwohl auch hier die Blöcke, wenn auch nachträglich, beschrieben werden müssen, ist der letztgenannte Weg der aufwendigere, da er mit einer komplizierten und teuren Aufbereitung verbunden ist.

Abschließende Bemerkungen

Die Darstellung wesentlicher Bereiche der Gebäude- und Wohnungszählung 1975/76 hat gezeigt, wie vielfältig ihre Ziele sind und welche Bedeutung sie für die Lösung wichtiger gesellschaftspolitischer Aufgaben hat.

Sie hätte auch dann noch Berechtigung, wenn es im Verlaufe der weiteren parlamentarischen Behandlung zu Kürzungen oder gar Streichungen von Zählungsteilen kommen sollte, die die Erfüllung wichtiger Teilziele verhinderten.

Eine etwaige Reduzierung des Erhebungsprogramms sollte sich aber nicht auf den bevölkerungsstatistischen Teil beziehen, dessen Ergebnisse besonders für die Länder eine hohe Priorität genießen, unter anderem wegen der Aktualisierung regionalstatistischer Informationen. In diesem Falle würden sich zudem keine wesentlichen Einsparungen ergeben, da sich dieser Zählungsteil wegen seiner relativ einfachen Fragen am leichtesten erheben läßt und sich wegen der Wiederverwendung von Programmen der Volkszählung 1970 am billigsten aufbereiten läßt.

Eine Straffung der Erhebung sollte eher bei der Grundstückserfassung ansetzen, deren Nutzen außerhalb städtebaulich relevanter Gebiete - Städte ab etwa 10 000 Einwohner und Verdichtungsräume - fragwürdig erscheint.

Der leistungsfähige, aber teure Erhebungsapparat der Großzählungen verführt sicher leicht dazu, ihn durch Ausdehnung des Erhebungsumfangs soweit wie möglich auszunutzen. Dabei ist aber zu bedenken, daß eine Überfrachtung der Zählung mit Sicherheit Qualitätseinbußen nach sich zieht, die sich besonders auf kleinräumliche Ergebnisse auswirken. Aus diesem Grunde sollte bei der Konzeption von Großzählungen noch strenger geprüft werden, welche Anforderungen von seiten der Konsumenten - hier besonders der Bundesressorts - im Rahmen von separaten Stichprobenerhebungen berücksichtigt werden können. Großzählungen sollten von allen Erhebungsmerkmalen entlastet werden, die nicht unbedingt in regionaler Gliederung (bis zur Kreisebene) und in sehr feiner sachlicher Gliederung aufbereitet werden müssen.

Jörg Rüdel

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 580	2 580	2 580	2 586	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 254	1 060	1 112	1 809	1 313	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	5,9	5,9	4,8	5,2	8,2	6,2	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 038	2 103	2 004	2 194	2 141	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	10,3	9,6	9,6	9,5	10,0	10,1	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 451	2 863	2 734	2 549	2 493	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,6	11,6	13,1	12,9	11,6	11,7	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	39	62	37	40	31	
* je 1 000 Lebendgeborene		19,9	21,7	19,1	29,5	18,5	18,2	14,5	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 413	- 760	- 730	- 355	- 352	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,4	- 2,3	- 1,9	- 3,5	- 3,4	- 1,6	- 1,7	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	7 904	9 890	7 377	7 843	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	7 244	8 792	6 594	6 572	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 660	+ 1 098	+ 783	+ 1 271	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	10 443	12 748	10 423	11 354	
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	25 591	31 430	24 394	25 769	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		168	165	170	202	164	169	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	12	14	11	14	19	24	25	32	39	
darunter *Männer	1 000	7	8	5	7	10	13	14	18	22	
Offene Stellen	1 000	19	20	20	17	14	14	12	10	8	
darunter für Männer	1 000	11	13	14	12	10	9	8	7	5	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a	
darunter *Milchkühe	1 000	498 ^a	504 ^a	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
*Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^a	1 717	.	.	1 799	.	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	163	.	.	180	.	.	.	
darunter *trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	98	.	.	120	.	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	40	55	47	37	45	54	45	
*Kälber	1 000 St.	2	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	205	200	193	227	215	232	221	233	228	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 ^b	7 ^c	3	6	12	4	4	7	15	
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	26,6	32,9	26,8	29,1	30,7	34,6	29,9	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	10,5	14,1	11,6	9,9	12,1	14,9	11,7	
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	16,0	18,6	17,1	18,9	18,5	19,4	18,1	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	264	265	266	272	270	284	278	
Kälber	kg	78	95	97	100	98	98	96	102	100	
Schweine	kg	83	83	84	84	84	83	85	86	85	
Geflügel											
Eingelegte Bruteler ⁶⁾	1 000	518	515	384	481	520	470	500	548	460	
*für Legehennenküken	1 000	877	879	819	768	949	969	959	871	946	
*für Masthühnerküken											
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	843	825	784	1 027	785	793	862	806	752	
*Milcherzeugung											
1 000 t	1 000 t	178	181	121	122	138	156	117	120	142	
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	93	92	93	94	93	92	93	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	8,1	7,9	9,2	10,0	7,7	7,7	9,4	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974		
		Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie und Handwerk									
Industrie ⁸⁾									
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	190	190	189	188	187	185
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	140	140	139	138	137	134
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	22 268	24 073	23 942	20 880	21 576	22 880
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	207,2	215,4	246,2	240,8	224,8	233,6
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	94,8	95,4	117,0	115,2	110,3	110,2
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	26	31	31	32	33	32
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	13,0	14,7	15,8	11,7	12,2	14,9
*Stadt-, Koker- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,5	3,5	3,0	2,6	2,6	3,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	9,4	11,2	12,8	9,1	9,5	11,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	94	106	117	85	86	108
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	16	22	24	13	15	20
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	79	85	93	72	71	88
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	181	198	192	179	180	198
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	34	42	47	35	37	41
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	1 439	1 383	1 539	1 686	1 741	1 661	1 893
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	196	202	243	311	304	321
Produktionsindex (arbeitstäglich)									
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	196	192	205	178	197	202
*Bergbau	1962=100	109	100	99	99	97	82	80	83
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	220	218	216	198	203	201
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	225	207	233	218	249	256
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	234	234	245	180	216	209
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	140	147	157	132	142	150
außerdem									
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	162	160	140	141	150	149
Handwerk (Metzieren) ¹¹⁾									
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	99,0	.	.	.	94,4	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	139,4	.	.	.	140,6	.
Öffentliche Energieversorgung									
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	350	244	304	309	306	309
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	525	628	655	547	547	643
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	5	9	11	4	4	8
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)									
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	61 869	61 086	59 324	57 135	56 344	55 294
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	8 494	9 439	7 505	7 950	8 016	8 420
darunter für									
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 688	4 146	3 303	3 238	3 336	3 465
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 431	1 517	1 287	1 254	1 231	1 293
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	3 151	3 508	2 672	3 221	3 214	3 347
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	97,7	110,1	88,3	97,9	97,1	104,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	11,7	10,9	13,3	12,2	11,9	12,0
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	331,8	305,7	296,5	296,0	255,9	293,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	898	1 012	620	819	914	781	595
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	827	934	557	791	864	744	557
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	880	963	715	736	846	686	532
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	157 714	172 694	126 037	128 947	160 746	131 904	102 620
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	214	173	136	122	154	121	98
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	158	176	197	214	174	172	196	174	168
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	990	876	740	753	703	719	647
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	132 075	82 755	101 480	82 706	108 037	86 605	106 758
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	181	164	146	132	141	135	124
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	1 784	1 897	1 702	1 342	1 820	1 425	1 112
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 629	2 937	1 808	2 013	2 479	1 125	1 411	2 166	1 731
Wohnräume ¹²⁾	Anzahl	10 797	11 336	7 814	8 424	10 704	4 810	6 362	8 804	7 692
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	230,8	306,5	427,0	399,1	414,9	421,3	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	34,4	43,2	37,3	56,6	55,2	58,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	196,4	263,4	389,7	342,5	359,8	362,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,7	7,6	7,4	7,3	9,3	10,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	15,9	33,3	28,0	65,5	52,3	35,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	174,8	222,4	354,3	269,8	298,2	316,4	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	21,7	24,5	22,5	31,2	28,9	31,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	153,1	197,9	331,8	238,6	269,4	284,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	113,8	149,5	147,9	169,7	185,4	186,2	...
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	25,4	26,8	25,4	19,7	23,8	29,8	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	25,9	34,9	26,8	35,6	38,3	52,5	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	21,9	34,3	26,4	52,7	50,1	27,5	...
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	11,8	14,3	32,9	24,6	27,4	23,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	39,8	68,8	155,4	48,0	85,9	64,2	...
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	10,5	30,4	121,0	8,0	5,9	16,0	...
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	10,2	16,0	13,5	20,3	52,8	19,5	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	122,5	137,4	144,1	145,0	135,7	148,0	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	130,1	103,9	86,3	225,1	153,9	120,9	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	226	137	79	484	246	p 155	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	20	15	9	34	20	p 15	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	1 856	635	287	5 708	2 140	p 757	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	39	31	19	75	40	p 33	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 184	1 149	1 030	1 278	1 193
Güterversand	1 000 t	307	399	386	441	506	594	491
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	224	261	278	235	218	219	234
*Güterversand	1 000 t	362	327	351	399	364	349	345	323	275
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	6 220	6 927	5 301	5 055	6 126	6 716	...
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	63	92	51	42	18	66	56	29	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	5 461	6 123	4 769	4 362	5 446	6 008	...
	Anzahl	445	386	303	391	255	262	252	271	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 490	1 503	1 518	1 583	1 527	1 426	p 1 455
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	57	60	86	69	48	48	p 71
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 952	1 918	1 984	2 128	2 029	1 834	p 1 898

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt ^{d)}			Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	22 291	22 403	22 627	24 117	24 432	24 438	25 583
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	21 621	21 716	21 889	23 282	23 558	23 540	23 663
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 842	4 787	4 745	5 107	5 200	5 049	4 986
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 818	4 753	4 718	5 099	5 189	5 027	4 953
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	24	35	27	8	11	22	33
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 923	1 945	2 016	2 029	2 140	2 160	2 187
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 789	1 805	1 876	1 883	1 993	1 995	2 001
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	134	139	139	146	147	165	186
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	14 855	14 984	15 129	16 145	16 218	16 330	16 491
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 601	12 688	12 798	13 605	13 677	13 733	13 884
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 254	2 296	2 331	2 540	2 541	2 598	2 607
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	17 327	17 548	17 778	19 292	19 267	19 435	19 795
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	10 034	10 246	10 467	11 325	11 263	11 368	11 667
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	6 293	6 442	6 642	7 201	7 225	7 270	7 538
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 741	3 804	3 826	4 124	4 038	4 098	4 129
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 293	7 302	7 310	7 967	8 004	8 067	8 128
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 449	4 452	4 452	4 767	4 789	4 826	4 856
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	324	488	368	415	389	418	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	318	479	359	347	351	355	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	19	20	17	28	23	25	19
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	-	-	3	-	-	-	4
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	376	577	517	470	543
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,564	2,425	2,692	1,927	3,864
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	459 751	280 948	426 521	380 212	541 066	344 934	...
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	373 565	196 046	328 344	277 295	441 155	245 830	...
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	160 880	163 234	316 893	272 432	195 616	202 591	...
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	176 868	22 228	-10 199	- 4 158	207 206	32 577	...
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	2 351	734	491	1 979	2 177	3 291	...
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	33 467	9 850	21 159	7 043	36 355	7 371	...
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	86 185	84 901	98 177	102 917	99 910	99 103	...
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	60 811	57 247	68 488	67 899	61 105	61 849	...
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	25 375	27 655	29 689	35 018	38 805	37 254	...
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	112 247	111 256	133 726	43 259	46 535	49 860	...
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	9 692	11 177	10 741	8 020	10 747	11 521	...
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	93 366	96 254	118 887	30 949	24 787	33 107	...
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	22 438	27 414	39 731	39 199	24 399	29 332	...
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	1 156	981	16 830	16 393	1 851	1 656	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	15 396	19 427	16 762	16 006	15 959	19 804	...
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	1 269	949	655	1 226	1 202	1 055	...
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	189 166	.	.	.	216 285
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	7 194	.	.	.	7 432
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	30 360	.	.	.	26 946
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	118 294	.	.	.	145 035
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	16 106	.	.	.	18 422
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	331 408	275 035	288 229	190 739	302 130	247 760	...
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	163 140	85 041	90 658	82 643	192 394	106 453	...
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	56 021	55 186	63 815	64 838	63 201	62 177	...
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	23 553	-	-	-	29 269	...
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	274 548	191 244	287 173	256 938	278 770	229 477	...
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	163 140	85 041	183 099	148 975	192 394	106 453	...
*Anteil an den Steuern vom Umsatz ²¹⁾	1 000 DM	64 297	65 034	88 970	55 236	64 343	68 764	61 977	64 423	...
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	23 553	-	-	-	29 269	...
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	236 121	.	.	.	283 956
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	70 680	.	.	.	89 327
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	94 569	.	.	.	123 379

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
				Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	110,5	113,4	121,7	145,6	146,3	146,6	...
Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	113,0	113,8	115,7	134,2	134,8	135,2	...
Grundstoffpreise ²³⁾	1962=100	108,9	120,3	121,3	123,1	127,6	144,3	144,6	145,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²³⁾	1970=100	107,0	114,1 ^f	115,3	116,0	117,3	131,3	131,7	132,9	...
landwirtschaftlicher Produkte ²³⁾	1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	120,3	121,6	122,7	111,5 ^p	115,6 ^p	116,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²⁴⁾	1962=100	174,3	187,1	.	.	189,8	203,6
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²³⁾	1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	136,2	134,5	134,9	144,0	144,8	146,3	...
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	132,2	133,2	134,4	142,5	143,2	144,4	145,8
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁵⁾	1970=100	111,1	118,8	119,4	120,3	121,8	127,7	128,1	128,8	129,7
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	117,4	118,0	119,1	123,4	123,2	123,8	124,8
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	122,4	123,7	124,2	130,3	131,4	132,3	133,6
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	120,3	120,7	121,3	125,8	126,1	126,5	126,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	128,4	133,6	149,9	148,5	150,4	153,0	153,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,9	115,2	116,3	123,1	124,0	125,6	127,6
Löhne und Gehälter²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	.	413
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	.	439
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	.	248
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	.	237
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	.	9,30
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	.	9,89
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	.	6,12
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	.	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	.	44,4
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	.	40,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	.	2 066
*weiblich	DM	1 194	1 355	.	1 387
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	.	2 258
*weiblich	DM	1 218	1 321	.	1 348
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	.	1 836
*weiblich	DM	953	1 129	.	1 159
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	.	1 716
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	1 440
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	.	1 906
weiblich	DM	1 019	1 184	.	1 215
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	.	2 207
weiblich	DM	1 213	1 325	.	1 353

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006 ^b	85 ^b	395 ^b	210 ^b	317 ^b
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017 ^b	75 ^b	387 ^b	223 ^b	333 ^b

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962 in Mill. DM
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 ^b	8,8 ^b	16 244 ^b
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 ^b	13,7 ^b	17 438 ^b
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 498 ^b	11,5 ^b	18 039 ^b
1972	262	61	60	28 098 ^c	10,2 ^c	18 655 ^c
1973	267	66	65	31 440 ^c	11,9 ^c	19 629 ^c

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch		Produktions- index 9) 1962=100		
	insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM			1 000 t	schwer		
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	140	267	2 503	1 170	17 270	2 904	332	1 201	952	184	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler und 1973 rund 1 250 Schüler

3) bis 1969 einschließlich, ab 1970 ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1974			Bevölkerungsveränderung im August 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					
			in %					
FLensburg	94 814	- 0,2	- 0,6	- 45	- 109	- 154	26 785	24 414
KIEL	263 871	- 0,0	- 0,6	- 68	6	- 62	74 683	68 049
LÜBECK	235 227	+ 0,1	- 0,6	- 55	205	150	62 797	56 445
NEUMÜNSTER	85 883	- 0,1	- 0,7	- 30	- 90	- 120	26 488	23 635
Dithmarschen	132 407	- 0,1	- 0,8	- 46	- 52	- 98	47 263	36 781
Hzgt. Lauenburg	150 785	+ 0,1	+ 0,7	- 21	169	148	48 923	41 418
Nordfriesland	162 831	+ 0,1	+ 0,2	- 17	110	93	58 326	46 379
Ostholstein	186 634	- 0,1	- 0,2	5	- 151	- 146	60 308	50 156
Pinneberg	253 518	+ 0,0	+ 0,3	8	14	22	81 474	70 964
Plön	113 340	- 0,0	+ 0,3	- 4	- 47	- 51	41 627	34 289
Rendsburg-Eckernförde	235 545	+ 0,1	+ 1,0	- 6	284	278	81 229	66 249
Schleswig-Flensburg	176 145	+ 0,2	+ 0,4	- 15	297	282	65 973	51 874
Segeberg	191 391	+ 0,2	+ 2,8	33	300	333	72 272	60 864
Steinburg	131 858	+ 0,0	- 0,7	- 40	58	18	44 577	35 898
Stormarn	171 430	+ 0,1	+ 1,3	- 54	277	223	57 835	50 161
Schleswig-Holstein	2 585 679	+ 0,0	+ 0,2	- 355	1 271	916	850 560	717 576

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.10.1974	Beschäftigte am 31.10.1974	Umsatz im Oktober 1974 MILL. DM ⁴⁾	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLensburg	60	9 058	137	56	5	77
KIEL	145	30 665	194	135	5	157
LÜBECK	142	28 522	236	131	4	157
NEUMÜNSTER	73	10 545	55	57	1	68
Dithmarschen	63	6 466	163	62	2	75
Hzgt. Lauenburg	99	9 141	63	72	7	95
Nordfriesland	47	2 464	41	89	4	121
Ostholstein	74	6 346	59	121	8	165
Pinneberg	235	23 453	207	147	8	184
Plön	40	2 623	27	72	1	93
Rendsburg-Eckernförde	131	11 436	144	138	10	189
Schleswig-Flensburg	69	4 633	72	84	4	123
Segeberg	183	15 102	144	90	3	117
Steinburg	97	10 466	116	91	3	131
Stormarn	137	16 325	235	110	6	146
Schleswig-Holstein	1 595	187 245	1 893	1 455	71	1 898

1) nach dem Gebietsstand vom 31. August 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1974			Offene Stellen am 31. 10. 1974	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter		Schweine insgesamt am 2. 8. 1974	Rindvieh am 31. 5. 1974	
		VZ 1961	30. 6. 1973			an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag		insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %				in %	in %		in 1 000	
Schleswig-Holstein	2 582	+ 11,4	+ 0,3	10	120	92,0	7,7	1 799	1 587	490
Hamburg	1 742	- 4,9	- 0,8	11	1	86,5	8,8	14	18	4
Niedersachsen	7 262	+ 9,4	+ 0,4	26	245	88,9	7,7	6 486	3 206	1 029
Bremen	726	+ 2,8	- 0,7	5	1	82,0	6,8	7	19	5
Nordrhein-Westfalen	17 225	+ 8,3	+ 0,0	75	197	92,8	9,1	4 687	2 077	704
Hessen	5 580	+ 15,9	+ 0,4	24	95	86,3	9,3	1 563	947	333
Rheinland-Pfalz	3 696	+ 8,2	- 0,1	12	71	82,1	9,1	739	714	247
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 0,3	38	204	79,6	9,3	2 283	1 849	702
Bayern	10 848	+ 14,0	+ 0,3	35	577	88,2	9,6	4 675	4 643	1 922
Saarland	1 108	+ 3,3	- 0,7	3	9	74,7	10,1	73	77	28
Berlin (West)	2 033	- 7,5	- 1,0	9	0	23,9	15,3	8	1	1
Bundesgebiet	62 041	+ 10,4	+ 0,1	248	1 520	87,6	8,9	22 334	15 138	5 463

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im August 1974				
	Beschäftigte am 31. 8. 1974	Umsatz ²⁾ im August 1974		Produk- tions- index ³⁾ 1962=100 im August 1974	Beschäftigte am 31. August 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen		
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
			in %		in %						
Schleswig-Holstein	189	1 741	18	178	56	22	1 342	5,2	1 125	4,4	
Hamburg	187	2 021	17	109	37	21	1 279	7,3	1 094	6,3	
Niedersachsen	759	5 452	18	132	160	22	4 311	5,9	3 975	5,5	
Bremen	101	890	16	182	18	25	418	5,8	342	4,7	
Nordrhein-Westfalen	2 503	19 496	25	.	336	19	9 695	5,8	9 656	5,6	
Hessen	708	4 661	26	.	122	22	3 585	6,4	2 728	4,9	
Rheinland-Pfalz	401	3 675	29	256	80	22	2 350	6,4	1 713	4,6	
Baden-Württemberg	1 542	9 458	25	152	215	23	6 007	6,5	6 210	6,7	
Bayern	1 388	8 200	21	.	267	25	7 887	7,3	6 442	5,9	
Saarland	164	1 087	34	.	21	19	529	4,8	214	1,9	
Berlin (West)	226	1 421	13	149	40	20	681	3,4	1 875	8,2	
Bundesgebiet	8 148	58 100	24	151	1 352	22	38 084	6,1	35 174	5,7	

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1974			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im September 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 8. 1974	Steuereinnahmen				
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des	des	der	
		in 1 000	Anzahl							je 1 000 Einwohner	Landes	Bundes	Gemeinden
										im 2. Vierteljahr 1974			
			in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	851	718	278	1 527	48	2 029	136	3 085	281	352	...		
Hamburg	531	482	276	952	20	1 208	129	5 751	530	2 265	...		
Niedersachsen	2 423	2 025	279	3 685	165	5 008	140	3 818	272	267	...		
Bremen	217	195	269	417	8	475	116	4 370	367	1 248	...		
Nordrhein-Westfalen	5 247	4 668	271	7 543	271	9 994	136	4 412	310	444	...		
Hessen	1 932	1 660	297	2 805	103	3 777	138	4 916	327	427	...		
Rheinland-Pfalz	1 272	1 046	283	1 883	98	2 587	143	4 080	262	301	...		
Baden-Württemberg	3 194	2 692	291	4 274	224	5 992	145	4 576	329	442	...		
Bayern	3 823	3 055	282	5 332	296	7 469	146	4 671	298	351	...		
Saarland	340	302	273	568	18	789	142	3 750	268	303	...		
Berlin (West)	510	462	227	1 095	18	1 348	125	4 015	214	624	...		
Bundesgebiet	20 424 ^{a)}	17 341 ^{a)}	280	30 081	1 269	40 676	139	4 395	307	457	...		

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

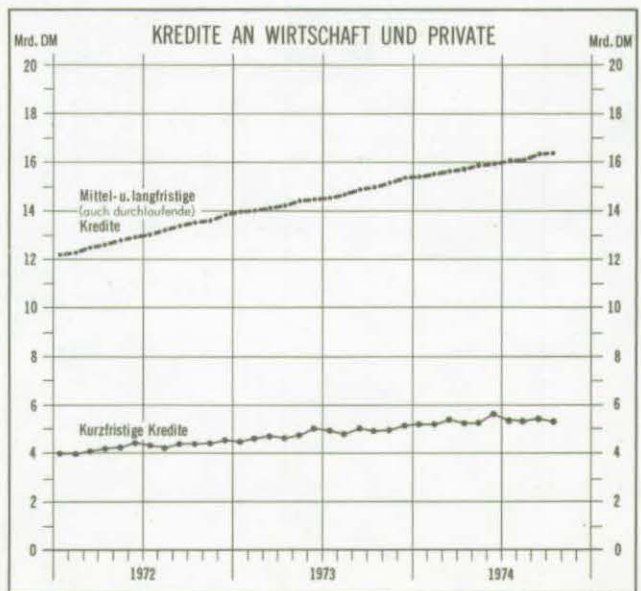
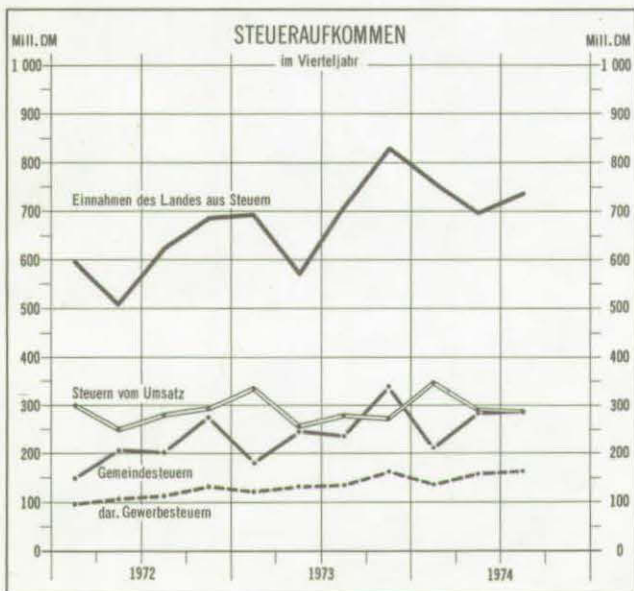
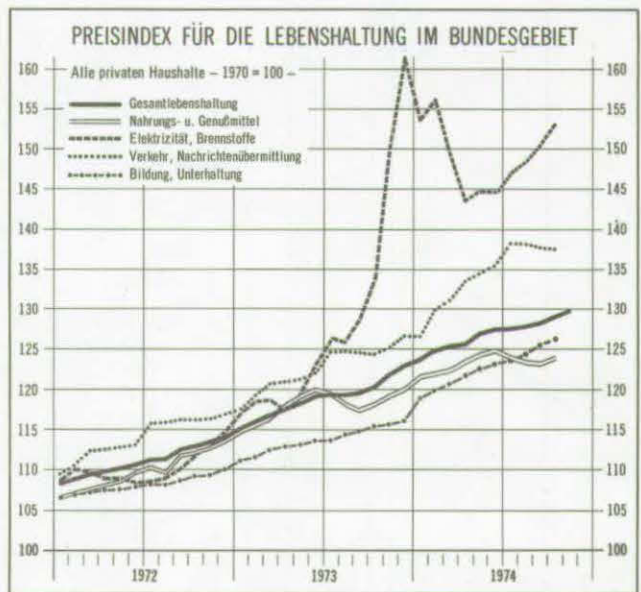
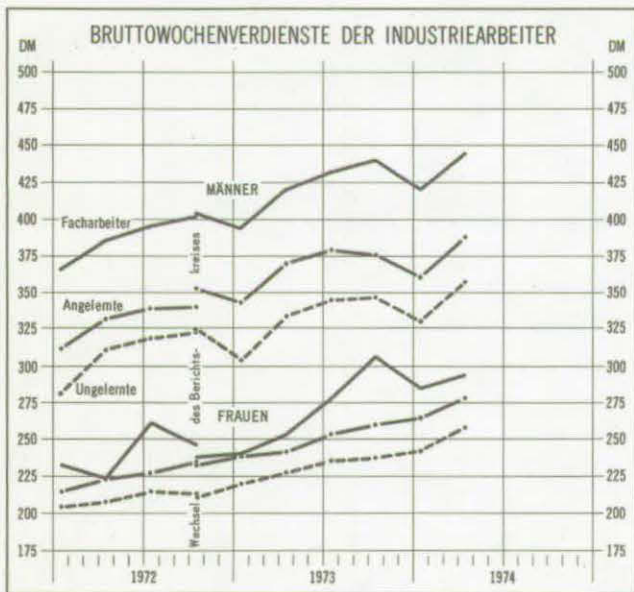
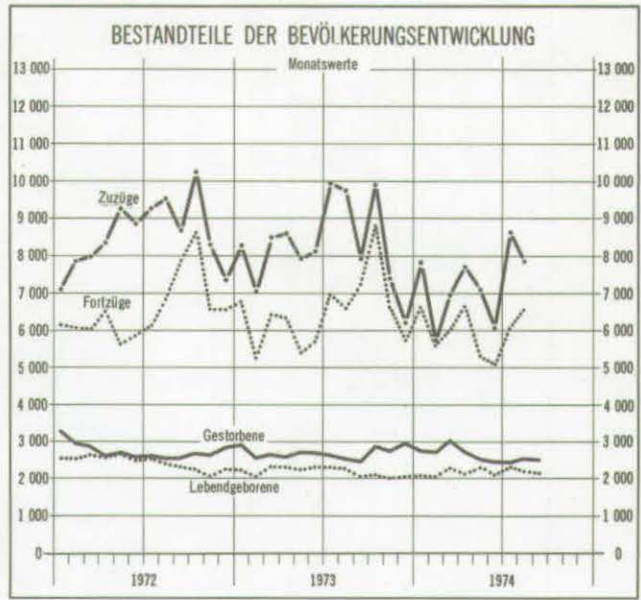
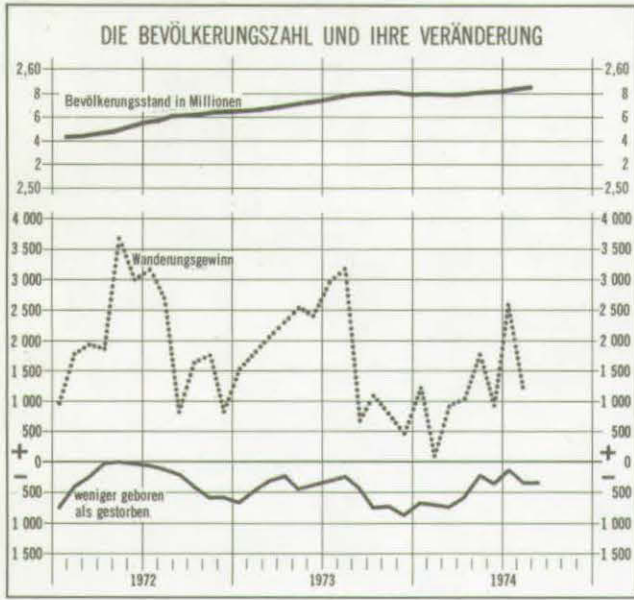
7) ohne Postspareinlagen

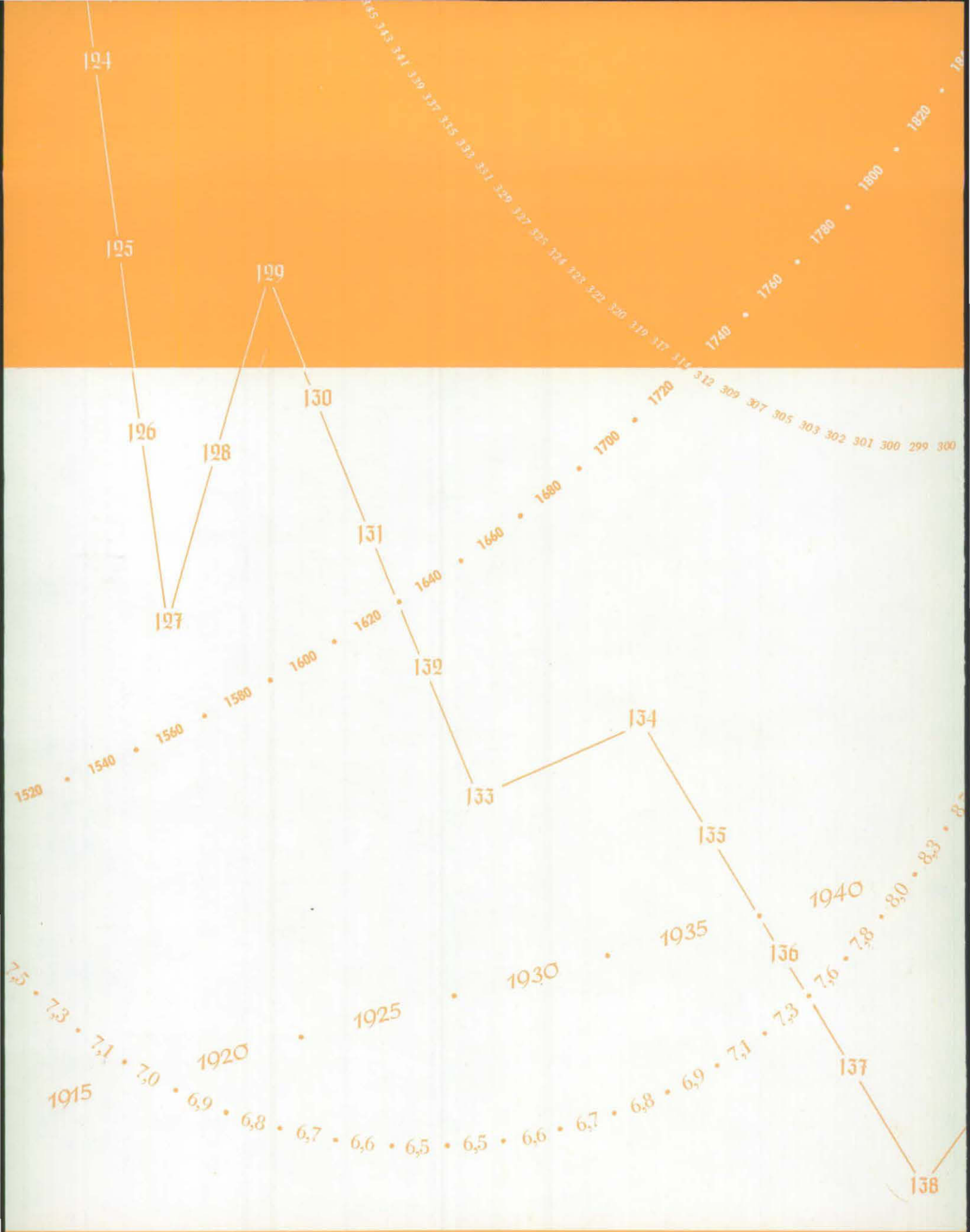
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen